

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Bezugspreis monatlich 1,50 Gulden. wöchentlich 0,38 Gulden. In Deutschland 1,50 Goldmark monatlich. Anzeigen: die 8-geige Seite 0,30 Gulden, Reklamensätze 1,50 Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Goldmark. Abonnements und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6. Postfachkonto: Danzig 2945. Fernsprecher: für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Druckfachen 3290.

Nr. 302

Freitag, den 28. Dezember 1923

14. Jahrg.

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Eine wichtige Aufgabe für den neuen Volkstag.

Der alte Volkstag dürfte heute zu seiner letzten Sitzung zusammentreten. Damit geht eine Legislaturperiode zu Ende, die, wenn man einen Vergleich ziehen will, nur mit der des schwarz-blauen Blocks im Deutschen Reichstag von 1900-1912 verglichen werden kann. In beiden Fällen hatten die Deutschnationalen bzw. Konservativen den übertragenden Einfluß, in beiden Fällen wurde diese Macht schrankenlos zugunsten der Agrarier und Unternehmer ausgenutzt, in beiden Fällen waren die andern bürgerlichen Parteien nur ein einflussloses Anhängsel. Es ist gewiß bedauerlich, daß das Gros der Danziger Wähler ein so kurzes Gedächtnis hat, daß es am 18. November die vierjährige Wucherpolitik des Bürgerblocks vergessen hatte, nur weil dieser jenseits Bürgerblock einige Wochen vorher die Währungsreform durchgeführt hatte, die er bis dahin in jeder Art und Weise sabotiert hatte.

Nun aber sind die Herrschaften am Ende ihres Lateins. Mit der Einführung des Danziger Guldens allein war es nicht getan. Im Gegenteil, die Währungsreformen in andern Ländern haben gezeigt, daß sie schwere Wirtschaftskrisen nach sich ziehen. Hätten die bürgerlichen Parteien wirklich Politik auf lange Sicht betrieben, so hätten sie diese Dinge voraussehen müssen. Drohende Anzeichen für die Wirtschaftskrise waren seit mehreren Monaten vorhanden, seit die deutsche Mark so gewaltig gesunken war, daß das Unternehmertum jede gesunde Kalkulation verloren hatte und seine Produkte trotz der niedrigen Wertaufschlag weit über den Weltmarktpreis notierte.

Gewiß ist der Danziger Arbeitsmarkt zum größten Teil vom Auslande abhängig. Das aber bedeutet noch lange nicht, daß die verantwortlichen Stellen in Danzig ruhig die Hände in den Schoß legen dürfen, weil zurzeit nicht genügend Aufträge aus dem Auslande hereinkommen. Die Arbeitslosigkeit, die zurzeit in Danzig herrscht, könnte wenigstens zu einem großen Teil durch Befüllung des inneren Arbeitsmarktes gehoben werden.

Unsere bürgerliche Presse liebt es, besonders nach dem jetzigen Wahlsieg der englischen Arbeiterpartei, diese im Gegensatz zu den deutschen und Danziger Sozialdemokraten als durchaus verständige Leute hinzustellen. Nun, wir sind bereit, uns die englische Arbeiterpartei zum Vorbild zu nehmen. In England herrschen zurzeit im Wirtschaftsleben dieselben Erscheinungen wie bei uns in Danzig. Die Arbeitslosigkeit hat dort einen erschreckenden Umfang angenommen, und die bürgerlichen Parteien stehen diesem Problem ratlos gegenüber. Anders jedoch die englische Arbeiterpartei. Sie hat ein großzügiges Programm aufgestellt, nach welchem eine produktive Erwerbslosenfürsorge einleiten soll. In erster Linie plant sie eine starke Befüllung des Baumarktes, um der in England genau wie bei uns herrschenden Wohnungsnot zu begegnen, und andererseits großen Arbeitermassen Beschäftigung zu verschaffen. Ferner ist der Bau von Chonfreen, Kanälen usw. geplant.

Was dünkt, das Ähnliches auch in Danzig geschehen könnte. Die Wohnungsnot ist hier so arg wie selten in einer europäischen Großstadt. Auf die Initiative des privaten Bankkapitals ist kein Verlass, wenigstens nicht auch einzelne Vertreter der Hausbesitzer und des Bauunternehmertums in der letzten Zeit bemüht, immer wieder auf den alten Wucher der von ihnen vertretenen Kreise hinzuweisen. Wenn sie dabei auf die angeblich glänzende Bautätigkeit des privaten Kapitals in Danzig vor dem Kriege hinarbeiten, so ist diese Darstellung argen Schwundel. Gerade in Danzig wurde durch die in der Mehrzahl aus Hausbesitzern bestehende Stadtverordnetenversammlung vor dem Kriege jede großzügige Wohnungsplanung unterbunden. Wenn das Baugewerbe damals demnach eintraumen gut befähigt war, so lag das an den vielen Aufträgen, die der Militärstand auszuführen ließ. Was an Wohnungsbauten für die breiten Volksmassen aus Privatkapital geschaffen wurde, kann höchstens als abichredendes Beispiel dienen. Man sehe sich nur die Mietkafernen an, die am Langgarter Wall errichtet wurden. Ein ähnliches wenig verlockendes Beispiel privater Bauinitiative vor dem Kriege bietet auch die alte Schichtkaserne. Einzig kommt, daß das private Bankkapital, als Vorbedingung für die Wiedereinrichtung der Bautätigkeit, die völlige Aufhebung der Zwanzwirtschaft im Wohnungswesen verlangt. Abgesehen davon, daß nach Erfüllung dieser Forderung durchaus noch nicht die private Bautätigkeit im notwendigen Umfang, und dann auch höchstens in der oben gekennzeichneten vorkriegsähnlichen Art einsetzen dürfte, würde die völlige Aufhebung der Zwanzwirtschaft zurzeit eine Katastrophe auf dem Wohnungsmarkt hervorrufen und Tausende von Danziger Bürgern völlig obdachlos machen.

Es geht also nicht ohne staatliche Initiative. Aber diese muß schlüssig einsehen. Wollen Staat und Kommune ein großzügiges Wohnungsprogramm durchführen, so bekommen diese auch das notwendige Kapital. Voraussetzung ist allerdings, daß in der Mietgesetzgebung nicht

Wohnungen logieren, würden zum nächsten Winter menschenwürdige Wohnungen erhalten. Vor allem wäre aber auch das Arbeitslosenproblem für Danzig dann zum größten Teil behoben. Mit dem Baugewerbe steht eine Reihe anderer Industrien in Verbindung, die dann wieder löhrende Aufträge erhalten würden. Für Schiffsahrt und Ziegeleien müßten Felsbahnen errichtet werden. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Bautätigkeit würde auch zur Steigerung des Konsums und damit wieder zur Verminderung der Arbeitslosigkeit beitragen.

Wir brauchen keine Utopisten sein. Die Dinge sprechen für sich selbst. Aber gerade, weil die bürgerlichen Parteien für alle diese Dinge kein Verständnis haben oder aus persönlichem Profitinteresse heraus sie bekämpfen, muß wieder einmal von den breiten Volksmassen der notwendige Dampf gemacht werden. Die Sozialdemokratie wird im neuen Volkstag eine ihrer ersten Aufgaben darin sehen, wieder einmal der treibende Keil bei Lösung des Arbeits- und Bauproblems zu sein.

Eine neue Entente, trotz des Völkerbundes.

Französisch-tschechischer Bündnisvertrag.

Jedem Einsichtigen ist es heute klar, daß gerade die Bündnispolitik, die Europa vor 1914 in zwei feindliche Lager spaltete, mit einer der wichtigsten Ursachen zum Weltkrieg war. Die Hoffnung aller Politiker, die nicht dem militaristischen Wahn verfallen waren, ging denn auch dahin, daß aus dem Krieg ein Europa hervorgehen würde, das keine Militärbündnisse und Geheimdiplomatie, sondern nur noch einen alle Völker umfassenden Völkerbund kennen

würde. Diese Hoffnung ist leider zerschanden geworden. Der Völkerbund führt nur ein Schattenleben, dafür sind nach dem Kriege wieder mehrere neue Völkergruppierungen entstanden, die sich heute so mißtrauisch gegenüberstehen, wie Dreißig und Dreißig vor dem Kriege. Die neue Leistung auf diesem Gebiet ist ein Bündnisvertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei, der in diesen Tagen zwischen dem tschechischen Außenminister Beneš und der französischen Regierung vereinbart wurde. Der der französischen Regierung nahestehende „Temps“ schreibt über den Bündnisvertrag:

Frankreich und die Tschechoslowakei erstrebten durch diesen Vertrag zunächst die Erhaltung der neuen Ordnung von Europa, wie sie durch die Friedensverträge festgelegt worden ist. Weiter trage das Abkommen den Charakter eines Defensivbündnisses nach der Art der „regionalen Entente“, die durch Artikel 21 der Völkerbundstatute erlaubt ist. Frankreich und die Tschechoslowakei verpflichten sich drittens, die Achtung aller internationalen Abmachungen, deren höchste die Existenz des Völkerbundes ist, zu sichern. Sie vereinbaren endlich, daß sie gemeinsam am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitwirken wollen. Frankreich und die Tschechoslowakei verpflichten sich im einzelnen, die Wiederherstellung der Hohenzollernmonarchie in Deutschland zu verhindern. Sie sind einig darüber, daß die Unabhängigkeit Österreichs dem Artikel 88 des Vertrages von St. Germain entsprechend aufrechterhalten werden muß, solange der Völkerbund nicht einer Änderung zugestimmt hat. Ungarn gegenüber werden Frankreich und die Tschechoslowakei darauf bestehen, daß die Forderungen der ungarischen Regierung von 1921 in der Saburger-Frage gelöst werden.

Um Sachsen und Thüringen.

Sein Regierungskommissar für Thüringen.

Die Reichsregierung hat die Nachricht mehrerer Zeitungen, daß der Reichspräsident einen Reichskommissar oder Reichsbildungskommissar für Thüringen ernannt hat, trübt nicht an. Nichtig ist nur, daß die Reichsregierung demnach nach Artikel 15 der Reichsverfassung nach Thüringen entsandt hat, um mit der thüringischen Staatsregierung in Verbindung zu treten und insbesondere Auskunft über die bei der Reichsregierung eingegangenen Beschwerden aus dem Lande einzuholen.

Es ist schade, daß sich das Dementi über den Charakter und die Herkunft dieser „erakten Weiranne“ ausschweigt. In Thüringen kennt man den besorgniserregenden Dazillus aber recht gut und weiß auch, wer ihn der Reichsregierung einlempft hat. Es ist eine „Denkschrift“, die die vereinigten bürgerlichen Parteien am 21. Dezember an die Reichsregierung gerichtet haben. Diese tendenziös „antimarxistisch“ gefärbte „Denkschrift“, die von Unrichtigkeiten irrt und auch vor Unwahrheiten nicht zurückbleibt, richtet sich hauptsächlich gegen das thüringische Volksbildungsministerium. Dieses Ministerium hat die Kühnheit befohlen, eine Anzahl sozialistischer Lehrer als Schulleiter und Schullehrer anzustellen und an die Universität Jena einige bekannte Schulreformer und sogar zwei Sozialisten zu berufen. Das hat den Zorn der bürgerlichen Parteien in Thüringen erregt, die jene herrlichen Zeiten zurückwünschen, in denen nicht einmal die Nachzügler Sozialisten sein durften. Unter Führung der hochreaktionären Jenerer Universitätsprofessoren begannen sie einen ebenso eifrigen wie verheerenden Kampf gegen das Volksbildungsministerium. Da ihre rechtlichen und politischen Mittel nicht ausreichten, in diesem Kampfe einen Erfolg zu erzielen, wolle sie jetzt, mit Hilfe von Ausnahmemaßnahmen und Reichswehr, die sozialistische Kulturarbeit in Thüringen verhindern. Da die Reichsregierung ihre Hilfe nach einem Reichskommissar für Thüringen scheinbar nicht erheben will, wollen sie nun wenigstens das verhasste Volksbildungsministerium beseitigen. Zu diesem Zweck haben sie sich einen ganz neuen Posten ausgedacht, eine Art von Reichsbildungskommissar, den die Reichsregierung an die Stelle des sozialistischen Kultusministers setzen soll.

Sachsen.

Ein proletarisches Traverspiel.

Von Wilhelm Dittmann.

Seit Jahresanfang ist Sachsen in der deutschen Partei als das sozialistische Musterland. Die hochindustrielle Entwicklung des Landes und seine reaktionäre Regierungspolitik liegen den Massen gegenüber mit größter Klarheit vor. Die Bourgeoisie, die Proletariat! Konnte es bei den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen durch Land. Die Revolution hat politisch den Einfluss des Proletariats zum vorherrschenden gemacht, wirtschaftlich aber herrscht noch wie vor die Bourgeoisie. Die Gegenstände sind dadurch noch verstärkt worden. Proletariat bestimmen jetzt die Landesregierung und haben die Regierungsgewalt. Die Unterdrücker haben sich dadurch entsetzt und emigriert und haben deshalb in der Öffentlichkeit zur sächsischen Landesregierung und zur sozialistischen Landesregierung, und ihnen schließt sich das Bürgerium in seiner Mehrheit an.

Im Landtage haben 10 sozialdemokratische und 10 kommunistische, also 20 proletarische Abgeordnete, 20 demokratische, 18 sozialistische und 8 demokratische, also 46 bürgerliche Abgeordnete, gegenüber. Mit 2 Stimmen Mehrheit wählte das Proletariat Parlament und Regierung

über beherrschen. Aber diese proletarische Mehrheit ist nicht homogen. Ihr fehlt die Einheitlichkeit und Geschlossenheit. Der kommunistische Teil der proletarischen Mehrheit ist nicht dauernd zu einheitlichem und geschlossenem Vorgehen mit dem sozialistischen Teil zu bewegen. Er verfolgt Sonderinteressen und handelt nicht auf Grund der geschehenen tatsächlichen Verhältnisse, sondern auf Befehl der Moskauer Zentrale der Kommunistischen Internationale. Daher kommt das Land trotz seiner proletarischen Mehrheit von einer Regierungsform in die andere, und das proletarische Regime entbehrt der Festigkeit und Beständigkeit.

Nach den letzten Landtagswahlen im November 1922 unterstützten die Kommunisten zunächst das sozialistische Minderheitskabinett Bud-Vipinski. Anfang 1923 wählten sie gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien das Kabinett. Auf dem Landestag im März 1923 empfahl der Vorstand der Gesamtpartei durch mit den sächsischen Parteigenossen, auf der klassenverräterischen Haltung der Kommunisten die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen und mit den Demokraten eine Koalition zu suchen. Dieser Rat wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und unter Operation Vipinski nochmals die Unterstützung der Kommunisten gesucht. Es kam das Kabinett Zeigner-Riesmann. Als im Herbst die bürgerliche Mehrheit auf wurde, traten die Kommunisten auf direkten Befehl Moskaus in die sächsische und thüringische Regierung ein, um von diesen koalitions Machtpositionen aus den besorgniserregenden Auffand zu inszenieren. Die Reichsregierung gegen Sachsen vertrieb die Kommunisten wieder aus der Regierung aus der sie sonst auf die Initiative des Ministerpräsidenten Dr. Zeigner binnen weniger Tage entfernt worden wären, weil ein gezieltes Zusammenarbeiten mit ihnen in der Regierung als unmöglich erwiesen hatte. Mit Unterstützung der Demokraten wurde jetzt das sozialistische Minderheitskabinett Felsch gebildet, hinter dem die gesamte Hälfte der Landtagsabgeordneten stand.

Das Kabinett Felsch war auf Entziehung von Geld und nur als Vertreter des Vorstandes der Gesamtpartei durch Beschluß der Landtagsfraktion mit 22 gegen 6 Stimmen gebildet worden. Die Vertretung der sächsischen Parteiorganisationen, der Landesparlamentarier, hatte mit 19 gegen 8 Stimmen die Bildung des Kabinetts Felsch abgelehnt und vertief einen Landestag ein, der zwischen ihm und der Fraktion entscheiden sollte. Als der Parteitag Anfang Dezember stattfand, erklärte nunmehr auch der Landesparlamentarier und ebenso der Parteitag die sozialistische Minderheitsregierung Felsch für „abgegeben“. Der Parteitag beschloß aber, falls das Kabinett zurücktreten würde, sollte zunächst wieder mit den Kommunisten verhandelt werden. Eine Koalition — sowohl mit den Kommunisten wie mit den Demokraten — bedürfte der Zustimmung eines neuen Landestages. Als Vertreter des Parteivorstandes wurde ich vor diesen Versammlung, da sie demnach wären, daß die Demokraten dem Kabinett Felsch ihre Unterstützung entziehen würden, das Kabinett zurücktreten müßte. Neuerdings notwendig würde, abgesehen davon, daß der proletarischen eine bürgerliche Mehrheit in den Landtag einzutreten, eine bürgerliche Regierung eine und damit in kurzer Zeit die Demokratisierung der Verwaltung, unsere Arbeit von fünf Jahren, befristet würde.

Was ich befürchtet, scheint eingetreten. Die Demokraten haben dem Kabinett Felsch die Unterstützung entzogen, das Kabinett ist zurückgetreten. Gemäß dem Beschluß des Landestages ist erneut mit den Kommunisten verhandelt worden, und zwar mit völlig negativem Resultat. Der Landesparlamentarier hat jetzt direkt auf die Landtagsauflösung zu. Die Mehrheit der Landtagsfraktion ist für eine Koalition mit den Demokraten und der Volkspartei, um eine feste parlamentarische Mehrheit und endlich stabile Regierungsverhältnisse zu bekommen. Die Landtagsfraktion verlangt die Einberufung eines neuen Landestages.

Danziger Nachrichten.

Die Erhöhung der Mieten.

Nach der Verordnung des Senats ist mit dem 1. Januar die Höchstgrenze für Miete auf 50 Prozent der Friedensmiete festgelegt. Wenn auch eine Anhebung der Miete an die Friedenshöhe scheinbar zwangsläufig durch die Währungsstabilisierung gegeben ist, so muß diese erhebliche Veraufhebung der Miete doch zu harter Bedenken Veranlassung geben. Bisher betrug die Miete höchstens 15 Prozent, während sie jetzt ohne jeden weiteren Übergang auf über das Dreifache heraufgehoben wird. Dieser gewaltige Sprung bedeutet für die meisten Lohn- und Gehaltsempfänger eine recht empfindliche Belastung ihres Haushaltsplans. Die Gehälter und Löhne bleiben hinter dem Friedensstand noch erheblich zurück, während die Lebensverhältnisse infolge der Uebersteigerung der Preise gegenüber dem Frieden erheblich teurer geworden sind. Die Mieten geben bisher wenigstens einen, wenn auch nur kleinen, Ausgleich für diesen Unterschied, wobei allerdings die Unternehmer die niedrigeren Mieten gern auch zur Niedrighaltung der Löhne benutzten. Wenn nun 50 Prozent der Friedensmiete von den Mietern aufgebracht werden sollen, dann ist unbedingte Voraussetzung, daß auch die Löhne und Gehälter eine entsprechende Aufwertung erfahren.

Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß der Senat mit dieser Erhöhung der Miete auf 50 Prozent des Friedenssatzes zahlreichen Hausbesitzern ein ungerechtfertigtes Gewicht in den Schoß geworfen hat. Die meisten Hausbesitzer haben ihre Hypotheken zum geringen Papiermarkwert abgetreten und sind somit auf ganz billige Art in den vollen Besitz ihrer Häuser gekommen. Wenn sie heute dafür nun Friedensmiete fordern, so wird ihnen damit noch ein weiteres Gewicht gemacht. Im Reiche ist man dieser ungerechtfertigten Bereicherung der Hausbesitzer dadurch zuvorgekommen, indem durch eine neue Mietsteuer ein erheblicher Teil der Mieten für die Allgemeinheit zum Zwecke des Wohnungsbaues erhoben wird. Diese Steuer ist derart bemessen, daß den Hauseigentümern vom 1. April 1924 bis 30 Prozent, vom 1. Juli bis 40 Prozent und erst vom 1. Oktober bis 50 Prozent der Friedensmiete verbleiben. Die höheren Mieten werden, wie gesagt, für die Allgemeinheit zur Verfertigung neuer Wohnungen nutzbar gemacht. Dabei darf nicht übersehen werden, daß im Reiche die Verwendung der Mieten zur Instandhaltung der Wohnungen und Häuser gesetzlich geregelt ist, während hier die Hausbesitzer in dieser Richtung noch ohne eine gesetzliche Verpflichtung sind. Das zeigt bereits, wieviel schlechter die Mieter in Danzig gegenüber denen im Reiche gestellt sind und wieviel günstiger die Hausbesitzer hier davor kommen.

Es ist nicht unsere Absicht, den Hausbesitzern einen gerechten Satz einer Mietsenkung freitig zu machen. Gerecht wäre ein Prozentteil der Miete, die notwendig ist, um das Haus intakt zu halten — was dann wirklich geschehen müßte — und schließlich eine kleine Entschädigung für die Verwaltung. Prof. v. Zinjka, Dozent für Nationalökonomie an der Universität in Gumburg, bezieht diesen Satz für Instandhaltung und Verwaltung auf 30 bis 35 Prozent der Friedensmiete. Ungerecht ist die Forderung einer Miete, um davon leben zu können. In der heutigen Zeit hat niemand Anspruch auf arbeitsloses Einkommen. Darum muß der weiteren Annäherung der Miete an die Friedenshöhe unbedingt ein Halt geboten werden. Die Baulastigkeit braucht und soll darunter durchaus nicht leiden und könnte sich Danzig in dieser Hinsicht ein Muster an dem Vorgehen im Reiche nehmen.

Die Goldmünzen.

Nach den Bestimmungen des Münzgesetzes vom 20. November 1923 sind Goldmünzen für die Freie Stadt Danzig ausgeprägt worden. Die Goldmünzen haben ein Gewicht von 7,988 Gramm, wovon 7,222 Gramm Feingold sind. Die Münze stimmt im Rauch- und Feingewicht und in den Fehlergrenzen mit dem englischen Pfundstück überein. Die Vorderseite der Münzen trägt das stilisierte Wappen der Freien Stadt Danzig mit dem Löwen, die Beschriftung „Freie Stadt Danzig“ und die Jahreszahl 1923. Die Rückseite zeigt eine Abbildung des Nestors von Brunnen auf dem Langen Markt und die Wertangabe „25 Gulden“. In den Rand der Münze ist der Spruch „aer temere nec timide“ eingelassen. Die Münze ist von Herrn Oberbaurat Professor Jücker entworfen. In den Verkehr sollen die Goldstücke zunächst nicht gegeben werden, da das Goldgeld als Geldrücklage für die Notenausgabe dienen soll. Einige mit poliertem Stempel geprägte Probestücke hat der Senat gegen Erstattung des Wertes an diejenigen Persönlichkeiten abgegeben, die sich nach seiner Meinung um die Einführung der Danziger Währung „besondere Verdienste“ erworben haben. Es wäre interessant zu erfahren, welche Personen das sind, da bei einer vom Senat vorgenommenen Anzahl sicherlich mancher zum Förderer der Währung gemacht wurde, der besser als Senator der Einführung der eigenen Währung zu beschließen ist.

Der Postanweisungs- und Nachnahmeverkehr mit Deutschland.

Da die deutsche Reichsmark angehört hat, im Gebiete der Freien Stadt Danzig gesetzliches Zahlungsmittel zu sein, wird der Postanweisungs-, Postauftrags- und Nachnahmeverkehr mit Deutschland vom 1. Januar 1924 ab nach den Bestimmungen des internationalen Postabkommens auszuführen.

Postanweisungen. Postanweisungen aus dem Gebiete der Freien Stadt Danzig nach Deutschland sind nach wie vor in deutscher Reichsmark (Papiermark) auszuführen. Der Reichsbetrag ist, wie im inneren deutschen Verkehr, unbeschränkt. Die Einzahlung bei den freiwirtschaftlichen Postanstalten hat in Guldenwährung zu erfolgen. An Gebühren für Postanweisungen nach Deutschland werden dieselben wie für Postanweisungen nach dem Auslande erhoben, und zwar bis 50 G 5 P. über 50 bis 100 G 10 P. für jede weiteren 100 G 50 P. Postanweisungen aus Deutschland nach dem Gebiete der Freien Stadt Danzig lauten auf Gulden; Reichsbetrag 1000 G.

Postaufträge. Postaufträge aus dem Gebiete der Freien Stadt Danzig nach Deutschland sind in deutscher Reichsmark (Papiermark), Postaufträge aus Deutschland nach dem Gebiete der Freien Stadt Danzig in Gulden anzustellen. Reichsbetrag für Postaufträge nach Deutschland 1000 Gulden. Papiermark, für Postaufträge aus Deutschland 1000 G. Bei hier eingehenden Postaufträgen wird eine Einziehungsgebühr von 2 P. für jedes einzelne Wertpapier und eine Verzinsungsgebühr von 20 P. für jedes nicht einlösliche Wertpapier erhoben werden.

Nachnahmen. Die Nachnahmebeträge sind anzugeben auf geschuldeten und eingehenden Briefen, Banknoten, Wertpapiere und Wertpapiere aus dem Gebiete der Freien Stadt Danzig nach Deutschland in deutscher Reichsmark — Papiermark — (Reichsbetrag 1000 Billionen Papiermark), aus Deutschland nach dem Gebiete der Freien Stadt Danzig in Gulden (Reichsbetrag 1000 G.) auf Paketen aus dem Gebiete der Freien Stadt Danzig nach Deutschland in

Gulden (Reichsbetrag 1000 G.), aus Deutschland nach dem Gebiete der Freien Stadt Danzig in Reichsmark — Papiermark — (Reichsbetrag 1000 Billionen Papiermark).

Die in Guldenwährung eingehenden, auf den Nachnahmepaketen aus Deutschland in Markwährung angegebenen Beträge sind von den freiwirtschaftlichen Postanstalten nach dem am Einziehungstag geltenden Einziehungskurs für Postanweisungen nach Deutschland zu berechnen.

Von den Postanstalten im Gebiete der Freien Stadt Danzig werden erhoben bei Einlieferung von Nachnahmebriefen (einschl. Wertpapiere mit Nachnahme) nach Deutschland eine Nachnahmegebühr von 10 P. bei Einlieferung von Nachnahmepaketen nach Deutschland eine Nachnahmegebühr von 50 P. für je 50 Gramm des Nachnahmebetrages oder einen Teil davon, bei hier eingehenden Nachnahmebriefen (einschl. Wertpapiere) aus Deutschland eine Einziehungsgebühr von 15 P.

Der hier eingezogene Nachnahmebetrag wird dem Absender der Sendung in Deutschland bei Nachnahmebriefen (einschl. Wertpapiere) gekürzt um die Einziehungs- und die Postanweisungsgebühr, bei Nachnahmepaketen ungekürzt und gebührenfrei überandt.

Der Verkehr auf der Kleinbahn.

Die vor einiger Zeit in der Presse wiedergegebenen Befürchtungen, daß der Kleinbahnverkehr nach dem 1. Januar eingestellt würde, haben bekanntlich zu Verhandlungen zwischen dem Senat und der Kleinbahnverwaltung geführt, die nunmehr zu einem gewissen Abschluß gelangt sind. Das Ergebnis dieser Verhandlungen besteht darin, daß vom 1. Januar ab voraussichtlich nicht nur die bisherigen Züge auf der Kleinbahn, nämlich je ein Zugpaar täglich auf den Strecken Danzig—Marienburg, Danzig—Gr.-Hamber und Danzig—Gemlich, verkehren werden, sondern daß noch darüber hinaus ein fahrplanmäßiger Verkehr zweimal wöchentlich auf den Strecken Schöneberg—Lieskau und Lieskau—Wernerzdorf—Marienburg eingerichtet werden wird. Ueber die Gestaltung des Fahrplans auf den letztgenannten Strecken sind die Erhebungen noch im Gange. Die endgültige Feststellung dieses Fahrplanes ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Vom Radannewert Böllau.

Die Anfang Oktober d. J. in Angriff genommene Sanierungsarbeiten infolge des für die Betonierungsarbeiten günstigen Wetters in zufriedenstellender Weise fortgeschritten. Das talperrenartige Betonwerk in der Radanne konnte auf dem rechten Ufer soweit fertiggestellt werden, daß ein zu erwartendes Radannehochwasser im Anfang des nächsten Jahres bereits über den fertigen Damm hinweggeleitet werden kann, ohne daß der dann im Bau befindliche linksseitige Teil einer Ueberschwemmungsgefahr ausgesetzt ist. Neben den Bauarbeiten im Radannebett ist die Einrichtung weiterer Werkzeuge und die Beschaffung von Baumaterialien und Großgerät soweit fortgeschritten, daß in Kürze neue Baustellen in Angriff genommen werden können. Besonders wird es sich da zunächst um Erdbauarbeiten am Werkkanal und um den Bau der drei freistehenden Chausseebrücke bei Kahlhude handeln.

Preise in Dollar.

Wenn man im Auslandsverkehr die Preise in Dollar schickt und auch mit Dollar zahlt, so ist dagegen nichts zu sagen. Wenn aber in Danzig jezt noch Preise in Dollar gefordert werden, so ist das einfach ein Unsin. In einem Möbelgeschäft wurden für eine Schlafzimmereinrichtung 530 Dollar gefordert. Vor dem Krieg kostete solch eine Einrichtung nach einem alten Katalog 530 Mark. Die Dollarforderer sagen nun, ein Dollar hat die Kaufkraft von einer Mark. Deshalb stellen sie ihre Forderung in Dollar, die dann auf Wunsch in Gulden umgerechnet wird, und zwar nach dem amtlichen Kurs. Diese Berechnung dient nur dazu, um einen großen Preiswucher zu verhehlen. Es ist richtig, daß nicht die Namen und Zahlen des Zahlungsmittels maßgebend sind, sondern die Kaufkraft. Diese kann nur gemessen werden an den großen Durchschnittspreisen, wie den Großhandelspreisen. Legt man für den Dollar die amerikanischen und für den Gulden die englischen Großhandelspreise zugrunde, so ergibt sich, daß nicht eine, sondern drei Mark für den Dollar die Kaufkraft eines heutigen Dollar entsprechen und daß ferner zwei Gulden der Kaufkraft einer Mark gleich sind. Hiernach dürfte für die Zimmereinrichtung nur ein Preis von 170 Mark gefordert werden. Es wird hier also die Unerkennbarkeit der Bevölkerung dazu mißbraucht, von ihr übermäßige Preise zu erhalten. Auch sonst ist dieses Vorgehen gemeinlich. Es wird hier fortgesetzt, die Preise weit über den Weltmarktpreis hinaufzuschrauben. Natürlich geht das nur eine Zeitlang und muß sich dann von neuem in eine Krise verwickeln. Und mit Preisen, die weit über den Weltmarktpreis liegen, kann man keine Waren ausführen. Dann wird die Schuld auf die Löhne und Gehälter geladen, während diese im Gegenteil nur viel zu niedrig sind. Die wirkliche Schuld wird verschleiert, die darin liegt, daß in die Preise ein Aufschlag von 50 bis 150 Prozent statt 6 Prozent eingerechnet wird. Diejem Antrag muß durchaus begegnet werden.

Neue Verhandlungen in der Goldzollfrage. Wie wir erfahren, sind gestern in der Frage der Zahlung von Zöllen in Gold zwischen Danzig und Polen erneut Verhandlungen eingeleitet worden, die aber noch nicht zu einem Abschluß gekommen sind und fortgesetzt werden.

Am Telefonverkehr mit Polen sind vom 1. Januar 1924 an Abonnements auf Nachtverbindungen (Monatsgespräche) und Preisaufträge zu ermäßigten Gebühren angeschlossen. Nähere Auskunft, auch über die Gebühren, erteilen die Post- und Telegraphenämter.

Die Polizeistunde in der Silvesternacht ist vom Polizeipräsidenten auf 3 Uhr nachts festgesetzt worden.

Der Straßenbahnverkehr mit Glettska soll auf Veranlassung der Gemeindebehörden von Oliva von der Direktion der Straßenbahn vom 1. Januar ab in Aussicht genommen sein.

Der Kampf um Arbeit. Das andauernde Anstellen an dem Zweck, um für das lauer verdiente Geld Waren zu erhalten, hat nun endlich für Danzig aufgehört. Jetzt müssen sich die Menschen anstellen, um ihre Arbeitskraft verwenden zu können, wenn sie sich ernähren wollen. Auf dem Arbeitsamt rücken wiederholt eine Arbeiterin und hat um Aufnahme von Arbeit. Es fehlt aber an Arbeitsgelegenheit, und so mußte die Arbeitsangehülte der Arbeiterin mitteilen, daß ihr leider keine Arbeit zugewiesen werden kann. Darüber war die Arbeiterin ungehalten und sagte in der Erregung zu der Angestellten: Sie werden mir erst dann Arbeit zuweisen, wenn ich Ihnen, wie andere, Butter und Milch gegeben habe. In diese Weltanschauung aber nicht zutrauf lag hier eine Befreiung der Angehülten vor, über die das Schöffengericht zu urteilen hatte. Der Wahrheitsbeweis der Arbeiterin mangelte, und sie wurde wegen Beleidigung zu 16 Gulden Geldstrafe verurteilt. Ihr wurde die Erregung zugute gehalten.

Laizen-Friedensrichter.

Dem neuen Volkstag, der wahrscheinlich am 10. Januar zu seiner ersten Sitzung zusammenzutreten wird, sind bereits eine ganze Anzahl Wünsche unterbreitet worden. Eine dieser Forderungen ist die Entlassung der Gerichte durch Einführung von Laizenfriedensrichtern. Diese sollen ähnlich wie bisher die Schiedsmänner in der Wohnung der Beteiligten klagen, tägliche Rechtsprechungen abhalten und das Recht haben, Vorentscheide zu treffen. Berufungen sind die Parteien bei dem Vorentscheid, in die Angelegenheit erledigt; andernfalls, aber erst dann, hätten sie das Recht, das ordentliche Gericht in Anspruch zu nehmen. In vielen Fällen würden dadurch die Gerichte von Banatellen entlastet.

Der Obmann der Vereinigung von Schiedsmännern im Freistaat Danzig, Eugen Wildorf, nimmt in einer längeren Zuschrift an uns zu dem vorstehend skizzierten Vorschlag Stellung. Er erklärt: Der „Friedensrichter“ ist vielfach in Funktion. In Sachsen beispielsweise über er im allgemeinen die Tätigkeit des preussischen Schiedsmannes aus. Aber auch in zahlreichen anderen Staaten amtiert er, wenn auch zugegeben wird, nicht immer nebenamtlich, infolge anders gestellter Aufgaben. Die Bedenken gegen eine nebenamtliche Ausübung des Laizenfriedensrichteramtes bestehen hauptsächlich in zwei Punkten. Da ist vorerst die Zeit und sodann die Befähigung. Und noch eine man nicht unerwähnt bleiben, das Bedenken, ob ohne Zeugenervernehmung auszukommen ist. Doch sei kurz darauf hingewiesen, daß die Polizei und auch in vielen Fällen das Schöffengericht ohne Zeugenvernehmung auskommt, nämlich immer, wenn wie hier, nur auf eine gewisse Geldbuße erkannt wird. Was die Befähigung anbetrifft, so dürfte es vielleicht denkbar sein, daß der eine oder der andere der bisherigen Schiedsmänner der weiter gesteckten Aufgabe aus irgendwelchen Gründen nicht voll entsprechen kann, dies wird aber m. E. immer den Ausnahmefall bilden. Bedenken bezüglich des Zeitaufwandes sind einer genaueren Untersuchung wert, denn man wird einen ehrenamtlichen Friedensrichter nicht überbürden dürfen. Wird man dem Friedensrichter als Aufgabenzweig nur die von ihm bisher geschicktesten Beleidigungen zusprechen, so kann man im Durchschnitt fünf Fälle im Monat feststellen. Würden gewisse Streitigkeiten — Forderungen — ihm als bürgerlicher Rechtsstreit obligatorisch zum Vorentscheid überlassen, nun so kann man immer noch annehmen, daß bei den vielleicht etwa zehn Fällen pro Monat seine Zeit ausreicht, anders würde es sein, wollte man geschickliche Differenzen zwischen Gewerbetreibenden in niedriger Höhe zum Vorentscheid stellen, oder gar Dinge, für welche eine Stelle besteht, vor ihn bringen. Es wären dies z. B. Sachen wie solche, die vor das Wohnungsamt, Einigungsamt oder den Schlichtungsausschuß gehören. Dies wäre nicht Aufgabe eines Laizen, sondern eine natürliche Aufgabe des ordentlichen Gerichts resp. der dafür bisher zuständigen Stelle. Die begrenzte Wirksamkeit des „Laizenfriedensrichters“ wird sich ohne Zweifel weniger umfangreich erweisen, als vielleicht in mancher Seite angenommen wird. Hierzu tritt das Bedenken, daß der „Friedensrichter“, weil er eben ein Laizen ist, unzulässige längere in den Terminen werden kann und auch so an Zeit spart. Der „Friedensrichter“ bedeutet den ersten Fortschritt seit 25 Jahren. Lassen wir ihn im Volkswort über allzu vielen und langen Erwägungen und nicht entgegen. Ob eine weitere Ausgestaltung früher oder später erforderlich ist, wird sich aus der Praxis der nächsten Jahre ergeben, und dann wird es an der Zeit sein, zu prüfen, ob die ehrenamtliche Betätigung das behalten hat, was man erhoffte.

Brandschare Gepädträger. Ein auswärtiger Kaufmann kaufte in Danzig ein Paket Dörme von etwa 20 Pfund und ließ es von dem Arbeitstier Leo B. vom Altschiffen Groden nach dem Hauptbahnhof tragen. Er selber ging mit einer Handtasche von etwa 20 Pfund hinterher. Am Hauptbahnhof trat ein Arbeitstier Ernst B. an den Kaufmann heran und bot ihm an, die Handtasche nach dem Bahnhof zu tragen, worauf der Kaufmann einging. Er blieb nun bald zurück, gab einem anderen die Handtasche, der sich in einem Hausflur verdeckte, und Br. verstand. Als der Kaufmann sich umwandte, war seine Handtasche verschwunden. Er konnte die Verfolgung nicht aufnehmen, da er ja den B. bewachen mußte, der erklärte, er kenne den zweiten Gepädträger nicht. In Wirklichkeit wohnte er mit ihm in einem Hause. Ernst auf der Wache nannte er den Namen des flüchtigen. Nach kurzer Zeit wurde auf der Straße der Arbeitstier Otto B. mit der Handtasche angehalten, die dann dem Kaufmann übergeben werden konnte. Er will die Handtasche von einem Unbekannten erhalten haben. Das Schöffengericht verurteilte B. und Br., die im Einvernehmen gehandelt haben, wegen gemeinsamen Diebstahls zu je 1 Monat Gefängnis, B. wegen Begünstigung ebenfalls zu 1 Monat Gefängnis.

Polizeibericht vom 28. Dezember 1923. Verhaftet: 8 Personen, darunter: 1 wegen Urkundenfälschung, 1 laut Postbefehl, 1 wegen Widerstandes, 3 in Polizeigast, 3 Personen obdachlos.

Danziger Standesamt vom 27. und 28. Dezember 1923.

Todesfälle: Ww. Franziska Schmitt geb. Thiel, 77 J. 9 M. — Frau Auguste Ribowski geb. Stobbs, 60 J. 2 M. — F. d. Kaufmanns Willi Scholz, 13 M. — Gendler Heinrich Schranz, 63 J. 4 M. — Fleischermeister Carl Dackowski, 71 J. — Ww. Helene Sankowski geb. Roschmer, 70 J. 1 M. — Bäckermeister Julius Hofmeister, 63 J. 8 M. — Schiffsführer Wilhelm Böhl, 53 J. 10 M. — Frau Luise Sommer geb. Kalme, 82 J. 1 M. — F. d. Ernsthilf-Berm. Arbeiterin Willi Bilms, 1 J. 4 M. — Landwirt Paul Raabe, 61 J. 9 M. — Ww. Helene Abraham geb. Michelsohn, 76 J. 2 M. — S. d. Malers Reinhold Behl, 9 M. — Posthilfsmann Emma Meyer, 72 J. 10 M. — Privatier Anna Reichmann, 66 J. 4 M. — Rentier Theodor Lindemann, 63 J. 5 M. — Plätterin Margarete Budan, 43 J. 3 M. — Ww. Selma Gindobba geb. Reinert, 64 J. 2 M. — Privatier Marie Schwarz, 63 J. 1 M. — Frau Marie Drungowski geb. Selinski, 39 J. — Ww. Walter Erdmorch, 32 J. 9 M. — Frau Eva Ojrajnski geb. Bromowski, 21 J. — Arb. Otto Bajkhan, 22 J. 9 M. — Ww. Emma Siegelberg geb. Parisch, 79 J. 2 M. — Tischlerlehrling Emil Freune, 19 J. 6 M. — S. d. Arb. Johannes Dering, 9 J. 6 M. — Ww. Auguste Dorfowski geb. Kalka, 53 J. — S. d. Schmeiers Artur Gurr, 4. M. — Frau Johanna Piepiora geb. Brojowski, 61 J. — Unbekannt 1 S., 1 F. Totgeb. 1 F.

Amliche Börsennotierungen.

Danzig, 27. 12.

1 Dollar: 5,91 Danziger Gulden.
1 Million poln. Mark: 0,95 Danziger Gulden.
Engl. Pfund: 18,5 Billionen Papiermark.

Berlin, 27. 12.

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,4 Billionen Mark.

Produktionssteigerung durch Qualitätsarbeiter.

Erst löste uns aus wirtschaftspolitischen Neben und Abhängigkeiten die Forderung entgegen: „Steigerung der Produktivität“. Dann wurde dieses Wort umgeben in den Ruf: „Steigerung der Produktion!“ Und jetzt sind wir allseitig so weit, daß beide überhört werden durch das Verlangen: „Verlängerung der Arbeitszeit!“ Man könnte sich verlost sein. Diese immer wiederkehrenden Ausdrücke unter die Gruppe der zahllosen Schlagwörter zu rechnen, mit denen das Volk mehr als ihm selber lieb ist heimlich wird. Doch schauen wir die grenzenlosen Not der Zeit föhrl und klar ins Auge, und wir werden zu der bitteren Erkenntnis kommen, daß die erhobenen Forderungen keine leeren Schlagwörter sind, sie sind nicht mehr und nicht weniger als: der Ausdruck des Lebenswillens eines Volkes, daß um seine Existenz kämpft. Einzig und allein die werkschaffende Arbeit des werktätigen Volkes kann ins Auge fallen, nach einem 4-jährigen wertevernichtenden Krieg aus dem Wirtschaftsniedergang herauszuheben, in dem wir uns befinden. Das muß frei und offen gesagt werden! Das alles beherrschende Ziel der nächsten Jahrzehnte wird und muß sein: Wiederaufbau der Wirtschaft. Und die Mittel dazu: höchstmögliche Steigerung der Produktion auf der einen Seite, größte Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung auf der anderen.

Wer da nun glaubt, es genüge dazu eine bloße Verlängerung der Arbeitszeit von 8 auf 9 oder 10 Stunden, der dürfte sich die Lösung des Problems doch allzu leicht vorstellen. Der leidet sich dem Herab auf, daß er die Frage der Produktionssteigerung und der Wirtschaftlichkeit lediglich unter dem Gesichtswinkel der arbeitenden Dampfmaschine, der laufenden Transmissionsen und der arbeitenden Maschinen sieht, dabei aber den verhängnisvollen Fehler begeht, zu verzeihen, daß hinter den toten Maschinen auch Menschen stehen, die sie zu bedienen haben. Der arbeitende Mensch ist keine bloße Muskelmaschine, deren Arbeitswelle sich durch Sebel und Kolben, durch Trud und Stoß, durch berechnbare und errechnete Energien genau erzeugen und regulieren, deren Arbeitsleistung sich durch eine beliebige Verlängerung der Arbeitszeit ebenso beliebig steigern und erhalten läßt, sondern ein leblich-leblicher Organismus mit ganz bestimmten Fähigkeiten und einer ganz persönlichen Einstellung zu seiner Arbeit. Seine effiziente Arbeitsleistung hängt darum nicht allein ab von der Länge der Arbeitszeit, sondern ist mindestens ebenso bedingt von seiner Arbeitsfähigkeit und seinem Arbeitswillen. Beide hängen eng zusammen.

Ein für seine besonderen Berufsleistungen gut Beurlaubter, sei er Arbeiter, Angestellter oder Beamter, ist in der Regel auch der Schaffensfreudige und leistet in 8 Stunden mehr und bessere Arbeit als ein unfähiger und Berufsverdrüssener in 10 Stunden; dieser dagegen verbraucht an Werkzeug und Werkstoff erfahrungsgemäß erheblich mehr als jener.

Produktionssteigerung und wirksame Wirtschaftsführung sind also in hervorragendem Maße eine Frage der geistigen und körperlichen Auslastung der arbeitenden Menschen, die schon bei der Eichtung des beruflichen Nachwuchses einzusetzen hat. Diese Eichtung auf Grund sorgfältiger Berufsberatung und sachkundiger Eignungsprüfungen vorzunehmen, ist die wesentliche Aufgabe der Berufsämter. Ihnen ist damit eine Aufgabe gestellt, deren Lösung zwar eine Maßnahme auf lange Sicht darstellt und insofern die Betriebsführung nicht unmittelbar berührt, die sich aber trotzdem als produktionssteigernd in erheblichem Ausmaße, sowohl qualitativ als quantitativ, erweisen und auswirken wird.

Die Feststellung der persönlichen Eignung der inangewandten Berufskamrier für den ermittelten Beruf sowohl für den einzelnen Betrieb als auch unter verschiedenen Gesichtspunkten: Körperliche Eigenschaften, Charaktereigenschaften, Schulleistungen, besondere Fähigkeiten (Ausdauer, Gedächtnis, Denkfähigkeit, Entschlußfähigkeit, Phantasie usw.), besondere berufliche Fähigkeiten (je nach der Art des Berufes verschieden: Augenmaß, Formen- und Farbenkenntnis, Ruhe und Treuehaftigkeit der Hand, Feinheit des Taktsinnes, konstruktive Begabung, Gedächtnis, Hindlichkeit usw.). Die Feststellung der für die verschiedenen Berufe notwendigen speziellen Fähigkeiten erfolgt durch besondere experimentelle Eignungsprüfungen. Dieses Verfahren gewährleistet in den meisten Fällen eine ziemlich zuverlässige Beurteilung.

Eine derart sorgfältige Berufsführung des inangewandten Nachwuchses ist auch für die Arbeiterschaft von höchster Bedeutung. Nichts hemmt den sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg einer Berufsgruppe so sehr, als wenn sie in größerer Zahl mangelhaft qualifizierte Kräfte wie Meißelsteine mit durchschleppen muß. Jeder Anspruch auf höheren Lohn hat unter dem Gesichtswinkel der Wirtschaftlichkeit nur dann eine innere Berechtigung, wenn diesem Anspruch hochwertige

Leistungen in Form von Qualitätsarbeit gegenüberstehen. Qualitätsarbeit kann aber nur von Qualitätsarbeitern geleistet werden, und Qualitätsarbeiter kann nur der werden, der ein gewisses Maß von den für seinen speziellen Beruf notwendigen Anlagen, Fähigkeiten und Talenten vor sich aus mitbringt.

Zur Heranbildung von Qualitätsarbeitern gehört aber noch ein weiteres: Gute Vorkenntnisse in hinreichender Zahl. Und daran fehlt ganz besonders. Die Lehrlingsausbildung und -ausbildung ist für die Wirtschaftsführung eine Maßnahme von solch fundamentaler Bedeutung, daß sie durch vorübergehende wirtschaftliche Depressionen nicht allzu stark in Mitleidenschaft gezogen oder ohne schwerste Gefährdung der Zukunft ganzer Berufsstände und damit der gesamten Arbeiterschaft gar rückläufig gelassen werden darf. Nur von gut ausgebildeten Qualitätsarbeitern ist eine Produktionssteigerung zu erhoffen.

Wirtschaft, Handel, Schifffahrt.

Der größte Möbelkonzern der Welt. Vor einigen Tagen wurde die Fusion der Mundus, Allgemeinen Handels- und Industrie-A.G. in Zürich und der Gebrüder Thonet A.G. verkielt, die in der Schweiz eine gemeinsame Holding-Gesellschaft bilden. Die Schweiz beherbergt so den größten Möbelkonzern der Welt. Die neue Gesellschaft wird mit 15 Millionen Schweizer Franken gegründet und umfaßt alle Fabriken der Mundus-Werke und der Gebrüder Thonet; außerdem haben sich alle Möbelabriken der Firma Josef Kuhn u. Söhne in Budapest angeschlossen, da die Mundus sich im Jahre 1917 diese Aktienmajorität verschafft hatte. Der neue Konzern wird 80 Prozent des ganzen Weltbedarfs an Möbeln decken und ist damit der führende Konzern auf dem Weltmarkt. Alle Fabriken des Konzerns, mit Ausnahme einer einzigen, liegen im früheren Oesterreich-Ungarn. Der Konzern verfügt in allen Teilen der Welt über 50 Filialen; die englischen und amerikanischen Filialen figurieren als selbständige Gesellschaften.

Frankreichs günstige Handelsbilanz. Die Außenhandelsbilanz Frankreichs für die ersten zehn Monate 1923, verglichen mit dem Vorjahr oder mit dem Vorkriegsstand, zeigen eine für Frankreich äußerst günstige Entwicklung seines Außenhandels. Frankreichs Einfuhr ist wesentlich — um 7 Milliarden Franken — gestiegen, seine Ausfuhr aber in ganz demselben Maß um beinahe denselben Betrag, was auf eine sehr lebhafte Beschäftigung der Industrie hindeutet. Die Handelsbilanz ist zwar passiv, aber um kaum mehr als eine Milliarde Franken, was durch die Käufe der in Paris weilenden Ausländer mehr als ausgeglichen wird. Die Einfuhren sind um 95 Prozent durch die Ausgaben gedeckt, wodurch die übrigen europäischen Staaten eine sehr beträchtliche Passivität der Handelsbilanz aufweisen. Selbst Frankreichs Handelsbilanz war 1913 noch um 25 Prozent passiv. Die Besserung ist also sehr beträchtlich, besonders da die Einfuhr, selbst in Goldfranken gerechnet, wesentlich — um etwa 25 Prozent — höher ist als vor dem Kriege und dementsprechend auch die Ausfuhr. Diese Zahlen erklären, warum Frankreich in der Lage ist, eine imperialistische Politik zu führen. Sie wird ihm durch seine günstige Wirtschaftslage erleichtert. Die hierfür notwendigen Geldmittel kann es von seinen Staatsangehörigen, wenn nicht in Form von Steuern, so doch durch gut verzinsten Anleihen leicht aufbringen. Die nötigen Kapitalien sind dafür immer vorhanden.

Mangelnder Absatz der russischen Gummischuhe. Der Arbeitsplan des russischen Gummitrusts sieht eine Verarbeitung der Rohstoffe der Produktion des Trunks auf 55 Millionen Paar Gummischuhe vor. Die Produktion hat wenig betrieblig. Fast die ganze Produktion des Jahres 1923 liegt unverkauft in den Lagern. Infolgedessen ist die Handelsabteilung des Trunks der Ansicht, daß die Verarbeitung von Gummischuhen bis zum 1. Oktober 1924 noch auf weitere 15 Millionen Paar Gummischuhe herabgesetzt werden muß. Als Grund für den mangelnden Absatz sieht man die hohen Preise an, die für das Ausland zu teuer und auch für das Ausland nicht konkurrenzfähig sind.

Deutsche-lettlandische Handelsvereinbarung. Die deutsche Vertretung in Lettland hat beim russischen Konsul in Riga einen Antrag auf Einräumung von Handelsprivilegien für deutsche Waren in Lettland, um den besonders in letzter Zeit sich mehrenden Klagen über deutsche Lieferungen auf den Grund zu gehen und Divergenzen aus dem Wege zu schaffen.

Schwedischer Warenkredit für Lettland. Die die Presse berichtet, ist zwischen der lettlandischen Regierung und der schwedischen Gesandtschaft eine grundsätzliche Einigung erzielt worden in bezug auf einen von Schweden an Lettland

zu gewährenden Warenkredit von einer Million Schwedischer Kronen.

Die Außenhandelsbilanz Ungarns war im Monat November bei einer Ausfuhr im Werte von 67 Millionen Goldkronen mit 8 Millionen Goldkronen aktiv.

Englisches Kapital im Peteraburger Hafen. Eine Reihe großer englischer Firmen hat der Peteraburger Hafenverwaltung angeboten, die technische Ausrüstung des Hafens zu vorzuziehenden Bedingungen zu übernehmen. Die englischen Gesellschaften sind bereit, hierfür einen Kredit zu gewähren.

Schifffahrt nach Murmansk. Die die Deutsch-Russische Lager- und Transportgesellschaft in Hamburg mittels, beabsichtigt die russische Regierung während der Zeit, in der der Petrograder Hafen durch Eis geschlossen ist, einen erheblichen Teil der russischen Einfuhr und Ausfuhr über Murmansk zu leiten. So sollen namentlich auch größere Mengen Getreide über diesen während des Krieges neu geschaffenen Hafen geleitet werden. Im Zusammenhang damit, daß ein lebhafter Dampferverkehr nach Murmansk erwartet wird, weist die Gesellschaft auf die Notwendigkeit der beim Neubau von Rosdol (auf der Rißerhalbinsel) gelegenen Röhrenstation hin, die auf Murmansk die Postenstellung und Anmeldeung der ankommenden Schiffe bei der Hafenverwaltung in Murmansk übernimmt.

Gewerkchaftliches und Soziales.

Die Betriebsratswahlen am Staatsrat in Hamburg zeigten folgendes Ergebnis: Liste der F.S.D. 201 Stimmen, Liste der A.P.D. 1906 Stimmen. Von den abgegebenen Stimmen waren 84 unaltig. Die F.S.D. erhält von den 20 Sitzen 11, die A.P.D. 9. Das vorige Mal war das Verhältnis umgekehrt: die A.P.D. hatte 11 und die F.S.D. 9 Sitze. Der Stimmenzuwachs unserer Partei beträgt auf 500. Berücksichtigt man die trostlose wirtschaftliche Lage, in der sich die Arbeiterschaft befindet, und zieht man die demagogische und verkehrte Kampfesweise der Kommunisten in Betracht, schreibt das „Damburger Echo“, so ist der Erfolg der Sozialdemokratie nicht zu unterschätzen.

Lohnkampf der englischen Doharbeiter. Der englische Doharbeiterverband teilt mit, daß er den Vertrag betreffend die Löhne und Arbeitsbedingungen rüchsig machen werde. Die neue Aussprache mit den Arbeitgebern soll auf die Lohnforderungen der Doharbeiter Bezug nehmen, die 2 Schilling Zulage verlangen und außerdem eine Aufbesserung der Affordoreise. Die Arbeiter sind indessen der Ansicht, daß die Löhne der Doharbeiter für den Augenblick nicht verbessert werden können.

Erfolg der englischen Eisenbahner. Am Ende der Verhandlungen zwischen den englischen Eisenbahngesellschaften und ihrem Personal über eine neue Fassung des Arbeitsabkommens wurde eine Vereinbarung unterzeichnet, in der die Gesellschaften ihre meisten Forderungen zurückgezogen haben. Als wichtigster Punkt der Vereinbarung wird die Beibehaltung der geltenden Lohnskala bezeichnet.

Notruf der deutschen Konsumgenossenschaften an Amerika. Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat an eine größere Anzahl hervorragender Politiker der Vereinigten Staaten, namentlich an solche, die in der Genossenschafts- und Arbeiterbewegung führende Stellen einnehmen, ein Rundschreiben gerichtet, in dem er auf die auch für die amerikanische Volkswirtschaft immer gefährlicher werdenden Folgen der durch Frankreich in dem letzten gegen Deutschland betriebenen Wirtschaftspolitik hinweist und insbesondere auch die schwere Schädigung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung betont. Als erste amerikanische Genossenschaftsorganisation ist die „All American Cooperative Commission“ in Cleveland den Notruf bekannt. Es sei der größte internationale Anruf, der je von organisierten Genossenschaften ausgesprochen sei. Die Kommission fordert dringend alle Genossenschafts-, Arbeiter- und Gewerkschaftsorganisationen der Vereinigten Staaten auf, ihren Vertretern im Kongress (Parlament) die Notwendigkeit beizubringen zu machen, daß das Ansehen Amerikas, bei der Festlegung angemessener Reparationsleistungen für Deutschland zu helfen, erneuert werden müsse. Da es bei dem Gewinn des Krieges und Aufheben des Friedensvertrages gehoffen habe, sei es moralisch verpflichtet, darauf zu achten, daß die Bedingungen gerecht durchgeführt würden.

Der „Marxismus“ — ein Schlagwort.

Die abgegriffenes Papiergeld kursiert heute das Schlagwort vom „Marxismus“. Und durch häufigen Mißbrauch ist es bereits merklich gemindert. Doch die wenigsten, die es immer im falschen Sinne anwenden, dürften das von ihnen so ausgiebig gebrauchte Wort definieren können. Sie würden in einem Examen, in dem sie den „Marxismus“ begründlich klar fassen müßten, kläglich abblenden.

Der Marxismus ist ein nationalökonomisches und sozialistisches System, das die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise kritisiert und weiter seine und klare wissenschaftliche Beziehungen zwischen den wirtschaftlichen und politischen, sozialen und kulturell-weltanschaulichen Verhältnissen schafft. Karl Marx nennt sein großes Werk „Das Kapital“ und fügt als Untertitel hinzu: „Kritik der politischen Ökonomie“. Die ökonomische Geschichtsauffassung von Marx erschließt uns dann die tiefen Zusammenhänge der Gesellschaft, der politischen und sozialen Institutionen mit der Wirtschaftsweise ihrer Zeit. Ueber diese von Marx aufgedeckten Beziehungen kann man wissenschaftlich schreiben, und es ist auch im reichlichsten Maße gerade von sozialdemokratischer Seite geschehen. Man denke nur an den langwierigen „revisionistischen“ Streit in der Sozialdemokratie, in dem über die ökonomische Geschichtsauffassung von Marx und Engels, über die Entwicklung der Gesellschaft, über die Aufgaben der Demokratie in der Gegenwart, über die sozialen Umgestaltungstendenzen in dem modernen Genossenschafts- und Gewerkschaftswesen, über die marxistische Zusammenbruchstheorie sehr ausgiebig diskutiert wurde.

Der „Marxismus“ ist eine wissenschaftliche Lehrmeinung, die durchaus noch nicht abgeschlossen ist, stets alle Bestandteile ausführt und immer neue in sich aufnimmt. Der Marxismus ist nicht ein System von Dogmen, auf das jeder vereidigt wird, der sich der Sozialdemokratie anschließt. Von marxistischer Orthodoxie kann man wahrlich nicht reden. Es ist die bühnische Anecdote über Karl Marx verbreitet, daß er einmal bei einer persönlichen Ansprache das Wort fallen ließ: „Ich bin nicht „Marxist“.“ Vielleicht befindet sich unter den rühmlichen Verbreitern der abgenutzten Phrase vom „Marxismus“ doch irgendjemand, der sich selbst arbeitender Mensch, der sich selbst Klarheit über das nationalökonomische und sozialistische System von Marx verschaffen will. Von dieser Art ist nicht vor demagogischer deutsch-österreichischer Sendung ergriffene Meinung, die einmal gründlich mit dem ökonomischen Buche über die marxistische Sozialökonomie beschäftigt. Er wird dann erkennen, auf welche fröhlichen wissenschaftlichen Schritten Karl Marx steht, wie eigenartig er die namentlich von Engel

übernommenen Theorien vom Staat und von der Gesellschaft ausgebaut hat.

Der Marxismus, so werden nun die Widersacher des Sozialismus sagen, ist nicht nur eine wissenschaftliche Lehre, er ist eine politische Partei. Wir leugnen nun durchaus nicht, daß sich marxistische Ideengänge in den sozialistischen Programmen und grundsätzlichen Aufgebungen der Sozialdemokratie finden. Die ganze Welt ist seitdem durch Karl Marx befruchtet worden; wie kann da die Sozialdemokratie von dem mächtigen geistigen Wirken eines Mannes unberührt geblieben sein, der stets die organisierten proletarischen Massen durch die Lehre vom Sozialismus zu beeinflussen gesucht hat!

Die geistigen Spuren von Marx sind nun vor allem in dem Erfurter Programm der Sozialdemokratie zu entdecken. In veränderter Form ist die sogenannte Verelendungstheorie und Katastrophentheorie von Marx in dieses Programm übergegangen. Gegen diese Theorie erstreckte ein geschlossener revisionistischer Anturum. Aus dem Göttinger Programm der Sozialdemokratie ist diese Theorie verschwunden.

Ein sehr konsequenter „Marxist“, Adolf Braun, ein ausgesprochener Gegner des Revisionismus, schrieb mit feiner Hand gerade den Basiss des Erfurter Programms von dem zunehmenden Elend und der wachsenden Vertiefung des Proletariats und der Mittelklassen fort und bemerkte in Götting: „Gibt es einen Mann, der national-ökonomisches Verständnis hat, der die Krisen- und Verelendungstheorie des Erfurter Programms noch unverändert vertreten kann; einen Mann von geschäftlichem Willen, der die Katastrophentheorie im Erfurter Programm noch rechtlos gelten lassen will?“

Kann man angesichts dieser Einwände gegen ausgesprochen „marxistische“ Sätze des sozialdemokratischen Parteiprogramms noch von einer absoluten Herrschaft des Marxismus in der Sozialdemokratie reden? Die Sozialdemokratie hat sich seit dem Tode von Karl Marx sehr wesentlich in Theorie und Taktik gewandelt. Die politische Beteiligung der Sozialdemokratie an den politischen, den „Ausgaben“ des Staates fördernden Bestrebungen ist viel stärker und zielbarer geworden als zu den Zeiten von Marx. In der sozialdemokratischen Theorie und Taktik gewonnen die Gewerkschaften und Genossenschaften eine ganz andere Bedeutung als in den Anfängen der sozialdemokratischen Bewegung. Diese ist überhaupt nie rein marxistisch gewesen, sondern in ihr hat sich auch der Sozialismus, der Sozialismus, der namentlich seit dem Tode von Karl Marx die Sozialdemokratie kräftig durchdringt.

Das Staatsprinzip wird in diesem Programm freudig als

Es lebt das von der Gesellschaft Staatsveränderung geklärte politische Ideal Ferdinand Lassalle darin. Der Staat schafft bewußt in der Richtung der Entwicklung und Erziehung des Menschen zur Freiheit und zur Gestaltung des Gemeinwohllebens. Das Göttinger Programm stimmt geistig in mancher Hinsicht von Lassalle ab, während im Erfurter Programm die Vaterstadt von Karl Marx klar erkennbar ist. Der härtere ethische Einschlag des neuen sozialdemokratischen Programms ist deutlich sichtbar. Die bewußte ethisch-sozialistische Erziehung des Menschen zum Arbeits- und Gemeinwohllebens, zur Überwindung der Klasse nennenswerten in ein leitender Gedanke des Göttinger Programms.

Der Marxismus als wissenschaftliches System ist wie alles Lebenskräftige mitten in einer mächtigen Entwicklung begriffen. Wenn man heute vom Marxismus redet, so muß man sich sehr konkret über diese, oder jene Teile des marxischen Lehrgedankes aussprechen, sonst verfällt man dem nichtigen, völlig anmaßungsvollen Schlagwort, und jagt gar nichts über den Marxismus aus. Will man aber der „marxistischen“ Partei an die Seite gehen, so nimmt man ganz in die leere Luft. Das Werden der sozialistischen Massenparteien sieht erst nach dem Tode von Karl Marx ein. Erst im letzten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts verloren die sozialistischen Parteien völlig ihren Charakter. Dann aber gestalteten sie ihre Programme und ihre politische und wirtschaftliche Praxis, und es kam zu dem Tode von Marx in ganz ungeheurer Umfang. Neue soziale Klassen, wie die „Angestellten“, liegen empvor. Die Arbeiterklasse hat nicht ab, wie Marx annahm, sondern muß sich zu einem wirtschaftlichen und politischen Machtfaktor von großer Bedeutung aus. Veränderte Wirtschafts- und Klassenverhältnisse erzwangen aber neue Arbeits- und Kampfmethoden der Arbeiterschaft, führen zu einer neuen Taktik und zur Neugestaltung des politischen Programms der Parteien. Wer die Veränderungen in dem System des „Marxismus“ und in den sogenannten „marxistischen“ Parteien nicht sieht, der ist entweder blind oder er arbeitet mit dem Schlagwort des „Marxismus“, um in verwerflich-demagogischer Weise gegen diese Parteien zu gehen.

Vom Weissen Meer bis Moskau auf Schneeschuhen. Das Moskauer Befreiungskommando hat einen Wettbewerb für Schneeschuhläufer angelegt. Die ganze Strecke von Archangel bis Moskau soll auf Schneeschuhen zurückgelegt werden. Es haben sich bereits Soldaten der Roten Armee und auch zahlreiche Sportleute gemeldet, die unterwegs nach Archangel sind, wo die Ansfahrt beginnt soll.

Bermischtes.

Der Südpol — in aller Stille angeteilt. An aller Stille, schreibt der „Matin“, hat England auf alles Gebiet zwischen dem 20. und 25. westlichen Längengrade und in 88. Breitengrade liegt, seine Hand gelegt. Die auf eine friedliche Annexion bezüglichen behördlichen Verfügungen werden in der „Gazette“ offiziell des „Königreichs“ veröffentlicht, was allerdings, wie der „Matin“ hinzufügt, eine sehr verbreitete Bekanntmachung sei. Die Annexion streckt sich auf alle Inangabestrichen zum antarktischen Kontinent und zu den meisten bisher erforchten Gebieten, einschließlich des Südpols. Allerdings sind Ross, Scott und Jackson Enaländer, aber dem geheimen Vorgehen ist in eine internationale Beratung vorangegangen. Mit diesem „Südpol“ und Seebunden so reichen Gebiet hat sich England wieder ein Kolonialreich angeeignet, das ihm von groß Nutzen ist.

Auch eine Nationalitätenfrage. Auf dem vom Norddeutschen Bund gehaltenen englischen Kongress „Canonic“ wurde kürzlich, und zwar innerhalb der amerikanischen Delegierten, einem deutschen Ehepaar ein Sohn geboren. e. „Practical Gazette“ berichtet, daß die amerikanischen Einwanderungsbehörden schwere Zweifel über die Nationalität des Kindes und damit über die Zulassung in die Vereinigten Staaten gehabt hätten. Denn, wenn der Knabe, als auf einem britischen Schiff geboren, als Enaländer anerkennen sei, dürfte er nicht einwandern, weil die englische Quota schon überschritten war. Als Amerikaner oder als Deutscher könne er zugelassen werden. Daraus folgt, daß man bei der Wahl des Schiffes als Geburtsort vorsichtig sein muß. Am richtigen eignet sich das Thema sehr für eine deutsche Zeitschrift.

Lehrreiche Zahlen. Einer vornehmlichen Zusammenstellung von Wahl-Propaganda-Material, die unter dem Titel „Zustände für Redner“ vom gemein-

samen Nationalen Komitee des Gewerkschaftsbundes, der Arbeiterpartei und der Parlamentstraktion der Arbeiterpartei herausgegeben worden ist, entnehmen wir folgende Uebersicht über die Ausgaben Englands für das Bildungsweesen und die Rüstungen: Im Jahre 1913/14 gab die Nation für Rüstungen 77 Millionen aus. Im gleichen Jahr stellten sich die Ausgaben für das Bildungsweesen auf weniger als die Hälfte dieser Summe, d. h. auf 23 Millionen. Im Jahre 1920/21 verausgabte die Nation für Rüstungen 192 Millionen. Im gleichen Jahre entfielen auf das Bildungsweesen ein wenig mehr als ein Viertel dieser Summe, d. h. 78.500.000. Im Jahre 1921/22, d. h. mehr als drei Jahre nach dem Friedensschluß, wurden 191 Millionen für Rüstungen verausgeben. Im gleichen Jahre entfielen auf das Bildungsweesen weniger als die Hälfte dieser Summe, d. h. 84.500.000. Im Jahre 1922/23 wurden die für das Erziehungsweesen veranschlagten Beträge im Vergleich zum Vorjahre um 100.000.000 gekürzt. Im Jahre 1913/14 stellten die Ausgaben für das Erziehungsweesen 7,8 Prozent des Gesamtbudgets dar. Im Jahre 1922/23 stellte sich dieser Prozentsatz auf 5,2.

Alarm im Hause. Die Unruhe in den Großstädten zwingt die Bewohner zu den grössten Schutzmaßnahmen. Zwei Mieter eines Berliner Wohnhauses haben sich zusammengeschlossen und eine hässliche Heberwachungs-Zentrale dadurch eingerichtet, daß sie die übereinanderliegenden Schlaftimmer mit Hilfe einer vom obersten bis zum untersten Stock gewachsenen Seil verbunden. Oben ist das eine Ende des Seiles befestigt, unten das andere. Jeder hat in Manneshöhe eine Glocke angebracht. Ein einfaches Pütteln an dieser Seil genügt, um die anderen Klingeln in Bewegung zu

legen. Sofort wissen die anderen vier Mieterparteien, daß einer von ihnen in Gefahr ist.

Note Weihnachten in Sowjetrußland. Im Zusammenhang mit der Bekämpfung des religiösen Elements und der kirchlichen Gebräuche sind bekanntlich in Sowjetrußland Richtlinien für die Feier „Roter Weihnachten“ in Arbeiterkreisen, Schulen usw. gegeben. Das Weihnachtsfest soll allmählich in einen an altheidnischen Leberlieferungen anknüpfenden Volksmummenbrauch umgewandelt werden. Die Verwendung von Schmuckstücken kirchlichen Charakters, wie Kreuze, Engelbilder und dergl. in den Festräumen und an Weihnachtsbäumen ist untersagt. Die Sowjetpresse gibt der Meinung Ausdruck, daß auf diese Weise neue Weihnachtsfeiern eingebürgert werden könnten.

Wien und Tuberkulose. In einem Berichte an die Biologische Gesellschaft machte Professor Metchnikoff vom Kaiser-Institut Mitteilungen über das Verhalten von Wienen und Motten gegenüber den Tuberkelbazillen. Seine Versuche zeigten das überraschende Ergebnis, daß diese Insekten den ihnen eingeimpften Tuberkel- und Lepra-Bazillen gegenüber vollständig immun bleiben. Professor Metchnikoff erklärt, er könne die biologischen Zusammenhänge dieser Erscheinung noch nicht klar erkennen, jedenfalls aber sei zu hoffen, sie für die Bekämpfung der Tuberkulose und Lepra dienbar zu machen.

Das Ende der Papiermarkscheine. Die aus Wittmund gemeldet wird, ist jetzt die Papierfabrik Simmoth-Steina mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde beschäftigt. Bagganische werden die Geldscheine herbeigeschafft. Aus der eingestampften Masse wird feines Schreibpapier angefertigt.

Verantwortlich: für Politik Ernst Coops für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Erik Weber, für Inserate Anton Kooßen, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von F. Wehl u. Co. Danzig.

Trinkt Schmalenberg's Weinbrand

aus reinen Weinen gebrannt

J. Schmalenberg, Aktien-Gesellschaft

Weinbrennerei und Spiritfabrik, Danzig

Möbelfabrik „Merkur“ G. m. b. H.

Telephon-Anschluß: Nr. 2590 und 5851
Verkaufsraum: III. Damm 2

— Große Auswahl in —

Herrenzimmern, Speisezimmern u. Schlafzimmern

in einfachster bis elegantester Ausführung

Danziger Aktien-Bierbrauerei

empfiehlt

Fassbier:

Artusbräu • Exportbier • Danziger Salvator

und Original-Flaschenbier-Abzug

Hotel Danziger Hof

Größtes Haus am Platze

Wintergarten u. Tanzpalais

Elegantes Weinrestaurant — Fockingstraße

Deutsch-russisch. Kabarett **Bonbonniere**
„Feuervogel“ Größte u. eleganteste Bar
Erstklassiges Kabarett im Freistaat

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz! Ohne Gewähr!

(D) Dampfverbindung

Swinemünde — Neufahrwasser (Hafen) — Pillau und zurück.

Montag u. Donnerstag 12⁰⁰ ab Swinemünde an 8⁰⁰ Donnerstag u. Sonntag
Dienstag 11⁰⁰ an Neufahrw. ab 5⁰⁰ | Mittwoch u.
u. Freitag 12⁰⁰ ab (Hafen) an 5⁰⁰ | Sonnabend
Dienstag und Freitag 4⁰⁰ an Pillau ab 11⁰⁰ Mittwoch u. Sonnabend

L. Cuttner Möbel-Fabrik Danzig



Angestellter: Elisabethwall 4-6, Langer Markt 9-10
Gegründet 1852, Fabrik Nr. 764

Seidels KONDITOREI UND CAFÉ

MOKKA-SALON

im Parterre

Das elegante **LUXUS-CAFÉ**
in der 1. Etage

Breitgasse 8-9 Telefon 3283

Crefelder Seidenhaus

Größe Wollwebergasse 15
Telephon Nr. 3585

Erstes Haus für alle Seidenstoffe, Kleider- u. Mantelstoffe, Samte, Voiles glatt u. bedruckt

„Erika“ Schreibmaschinen

Felix Jacobsohn, Langgasse Nr. 37,
Fernsprecher 571.

Bierbrauerei Leonhard Waas

empfehlen

helle u. dunkle Qualitäts-Lagerbiere
Danziger Porterbier

Molkerei Friedrich Dohm G. m. b. H.

Filialen:

Ahrhaff Graben 25	Kohlengasse 5	Seebühel
Handstr. 1	Schild 15	Langgasse, Hauptstr. 119
Nassauisch. Markt 1c	Schillingengasse 8	Nassauisch. Markt 15
Langgarten 105	Pfarrerstraße 42	Schillerstr. Kurth. Str. 107
Wollwebergasse 4	III. Damm 1	Zoppot, Danzig, Str. 55
	Röhren 1314	Seewitz 44
		Oliwa, Klosterstr. 4

Alexander Barlasch

DANZIG, Fischmarkt 35
Arbeiter-Konfektion
Textilwaren jeder Art
in nur reellen Qualitäten.

Unsere Rehlhandlung an der Großen Mühle 7

liefert Qualitätsmehle: Weizenmehle, Roggenmehle, Weizenmehl, sowie alle Futtermittel

M. BARTELS & Co. G. m. b. H., Große Mühle

Max Hirsch & Co.

I. Damm Nr. 2
Haus für eleg. Herrenbekleidung

Textilbank A.-G. Danzig

Töpfergasse 23/24 Fernspr. 7080 u. 7081
Spezialverkehr mit der Lodzer Textil-Großindustrie

Kenner fordern Kühne's

Essige aller Art
Tafel-Mischtrich
Delikatess-Sauerkohl

Fabrikanten: C. W. Kühne, Essig, Mostard- und Konserven-Fabrik, Danzig, Teichweg 11a

Danziger Brotfabrik G. m. b. H.

Rittergasse Nr. 7-8

Brotfabrikation und Feinbäckerei

Danziger Bank auswärtsigen Handel

Aktiengesellschaft
Größe Wollwebergasse Nr. 1

Felle aller Art

kaufen zu höchsten Tagespreisen!
FRANZ BOSS
Danzig: Holzmarkt 5 — Langgasse: Hauptstraße 124

Sozialistische Wohlfahrtspflege.

Als Sozialdemokraten vertreten wir den Grundgedanken: Wohlfahrtspflege ist Sache des Staates. Und dies mit Recht, denn ein Staatsbürger, der als gesunder Mensch seine Körperlichen und geistigen Kräfte dem Staate — der Allgemeinheit — opfert, hat in Fällen von Not, herbeigeführt durch längere Krankheit, Unglücksfälle usw. das Recht, an den Staat um Hilfe heranzutreten.

Die Arbeiterwohlfahrtsauschüsse wurden im Jahre 1919 geschaffen und leben sich nur aus Genossinnen und Genossen der SPD. zusammen. Sie sind die ausführenden Organe des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt. Auf Grund eines Ministerialerlasses haben die Arbeiterwohlfahrtsauschüsse das Recht auf behördliche Anerkennung zur ehrenamtlichen Mitarbeit auf dem Gebiet der kommunalen Wohlfahrtspflege.

Der Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt wird organisatorisch getragen von den der Sozialdemokratischen Partei angehörenden Männern und Frauen, die ehrenamtlich in der sozialen Arbeit stehen. Der Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt bezweckt die Mitwirkung der Arbeiterchaft bei der Wohlfahrtspflege, um hierbei die soziale Auffassung der Arbeiterschaft durchzusetzen.

In 33 Provinzial- oder Landes- und Bezirksauschüssen und mehr als tausend Ortsauschüssen arbeiten im Reich unsere Genossinnen und Genossen seit Jahren planmäßig zusammen, um auf ihre Weise zur Bänderung der Not beizutragen.

Arbeiterwohlfahrt anzugeben. Die in den Kommunen durchgeführte Demokratisierung der Verwaltung ermöglicht es vielfach, behördliche und private Hilfe in gesunder Weise zu vereinigen.

Gerade bei den unhaltbaren Zuständen in der Wohlfahrtspflege in Danzig erscheint das deutsche Vorbild, das sich durchaus bewährt hat, nachahmenswert.

Gesunkene Bankmoral.

Der Umweltselbstkurs zwischen Danziger Gulden und Rentenmark soll sein 1,25 Gulden für 1 Rentenmark. In diesem Satz gibt die reichsdeutsche Rentenbank ihre Rentenmark auch an die Banken ab. Unsere Guldenwährung ist auf das Fundament gestützt, und auch die Rentenmark ist zunächst als eine ähnlich gestellte zu betrachten, so daß dieses Geld wie ein Kriegsgeld behandelt werden muß, soweit die Geldumweltselbst in Betracht kommt.

Lebensjahre bei der Kleinbahn. Die fortgesetzten Zielsetzungen der Fahrpreis- und Fracht-Tarife auf der Kleinbahn führten zu einem starken Rückgang in der Benutzung dieses Verkehrsmittels. Die Abwanderung war so stark, daß die Lebensfähigkeit des Unternehmens gefährdet war.

Ein Natur-Gasbrenner ist auf Veranlassung der Sportabteilung des Senats durch einen Bächter am Umsluter in der Nähe des Langarter Lozes hergerichtet worden und wird am Freitag, 2. Dezember, nachdem das Eis die genügende Stärke erreicht hat, eröffnet werden.

Waldmaschinen als Kleinverkauf. Ein früherer Inspektor, der als Kriegsschadigter heruntergekommen und arbeitslos war, verband sich mit einem Werkstättenbesitzer, um aus einer kleinen Maschinenfabrik Waldmaschinen und Waldmaschinen zu entwerfen.

Wenn seine hübsche Bewegungen hervorriefen, die recht lebhaft an den Gang japanischer Teemädchen erinnerten, nannte er es „Driftden“. Wanderte der Ball von der Kontorlängsmauer zu einem seiner Räder in formwährendem Lauf, so sprach er von einem „kurzen Rapsel“, daß die Weiten jenseits des Kanals in vollkommenem Maße und seine süddeutschen Kollegen in beiderseitiger Weise in den Rechenlinien beherzigen.

Mein Freund Jonni wurde aber auch kultivierter und verlegte die Kund seiner Leidenschaft fast ausschließlich auf grünen Rasen. Er entwickelte sich aufsteigend zu einem Wesen, das im Gegensatz zu manchen seiner Kollegen, die entweder große Philister oder übernatürliche Menschenbildungsmaschinen waren, nie versagte, stets froh und gefällig war.

Die Star-Operation in China. Von den altchinesischen Ärzten ist es bekannt, daß sie auf dem Gebiet der Chirurgie so gut wie gar keine Aktivität bewiesen haben. Jedenfalls haben sie, um nur ein Beispiel anzuführen, sich niemals getraut, ein Glied abzuheben. Um so erstaunlicher erscheint es, daß sie vor der Star-Operation nicht nur nicht zurückgeschreckt sind, sondern diese schon vor Jahrhunderten zu einer gewissen Vollkommenheit entwickelt haben.

Die Star-Operation in China. Von den altchinesischen Ärzten ist es bekannt, daß sie auf dem Gebiet der Chirurgie so gut wie gar keine Aktivität bewiesen haben. Jedenfalls haben sie, um nur ein Beispiel anzuführen, sich niemals getraut, ein Glied abzuheben. Um so erstaunlicher erscheint es, daß sie vor der Star-Operation nicht nur nicht zurückgeschreckt sind, sondern diese schon vor Jahrhunderten zu einer gewissen Vollkommenheit entwickelt haben.

nach 8 Monaten 10 Dollar zurückzugeben. Das waren also 20 Prozent Zinsen. Als Pfand übergab der Schneider eine Nähmaschine. Der Kaufmann wurde wegen Unverschämtheit angeklagt und kam vor dem Schöffengericht. Er wies nach, daß er mit Sigarettenhandel damals 300 Procent mit dem Kapital verdient hätte. Wiltkin habe er noch einen Verlust gehabt. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, weil er den noch jetzt für einen Monat 4 bis 8 Prozent Zinsen nehmen.

Central-Theater, Langgasse. In 25 Großstädten kam in den Weihnachtsferien das grandiose Filmmwerk L. N. R. I. zur Aufführung. In einer modernen Rahmenhandlung eingekleidet, wird die Geschichte des großen Nazareners dargestellt. Ein zum Tode verurteilter weltlicher Mörder lebt geistlichen Lebens ab und schildert dann seine Auffassung von der Christus-Legende. Der Nazarener lebt da als Mensch, als Freund der Armen und Bedrückten. Wir sind nicht des Glaubens, daß das Christentum noch berufen ist, die Menschheit aus ihren Irrtümern herauszuführen, denn in zweitausend Jahren hat es diese Aufgabe nicht gelöst und wird auch wohl in den nächsten tausend Jahren nicht dazu kommen.

Kleine Nachrichten.

Nationalsozialisten als Franzosenbildung. Der in München verhaftete Schauspieler, der gefähig ist als Altentant auf Ruhr geplant zu haben, gehört der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei an. Es steht fest, daß er zur Zeit des passiven Widerstandes im Ruhrrevier für die französische Regie gearbeitet hat. Wunderbare Ferle haben die Hiltischen in ihren Reihen, Schlageter und seinen Widerpart.

Revolverjournalist Dertter. Der Braunschweigische Landtag hat einen Antrag des Rechtsausschusses dem jetzt als Mitglied im nationalsozialistischen Lager gelandeten Revolutionsminister, Landtagsabgeordneter Dertter, die Immunität zu entziehen, damit er wegen einer Reihe von beleidigenden Artikeln zur Verantwortung gezogen werden kann, zugestimmt. Man war im allgemeinen der Ansicht, daß es zu verurteilen sei, wenn sich unter dem Schutze der Immunität ein solcher „Revolverjournalismus“ verdecken wolle.

Ein Nachspiel zur Stagerat-Schlacht. In London endete jedoch ein politischer Prozeß, der großes Aufsehen erregt hat und über England hinaus Interesse besitzt. Winston Churchill, der während des Krieges eine Zeitlang Lord der Admiralität war, hatte Klage wegen Verleumdung erhoben gegen Lord Alfred Douglas. Douglas hatte behauptet, Churchill habe die ersten Nachrichten über den Ausgang der Schlacht am Stagerat geheimgehalten, um seinen Freunden, insbesondere Sir Ernest Cassel, gewisse Vorteile zu erwirken, an denen sie ihn beteiligten. An diese Behauptung hatte sich seinerzeit eine starke antimilitärische Propaganda geknüpft. Der Ausgang des Prozesses erwies ihre Unhaltbarkeit. Lord Balfour erklärte in seiner Zeugenaussage, daß zur Zeit der Stagerat-Schlacht Churchill gar nicht mehr Lord der Admiralität war! Der Gerichtshof verurteilte Lord Douglas zu sechs Monaten Gefängnis. Außerdem hat er eine Geldstrafe von 100 Pfund zu erleiden, die verfallt, falls er seine Anträge etwa wiederholen sollte.

Ein deutscher Biermaschinenhersteller gestrandet. Aus Blockhus (Nordholland) wird gemeldet, daß der deutsche Biermaschinenhersteller „Hermann Reiss“ aus Hamburg, von Hamburg nach dem Christianiafjord unterwegs, in der Weihnachtsnacht in der Randsbucht zwischen Blockhus und Rosten gestrandet ist. Die Besatzung von 18 Mann wurde mit größter Mühe von dem Blockhuser Rettungsboot gerettet.

Opfer der Fremdberrschung. Der auf dem Gutshof Dabwighshof bei Speyer beschäftigte Arbeiter Schuster wurde auf dem Rheindamm von einer französischen Wache anlässlich der Faktkontrolle erschossen. Sein Weileter wurde festgenommen.

Durch eine heftige Feuersbrunst wurden in Glasgow zwei große Geschäftsbauten eingestürzt, wodurch ein Schaden von rund 4000 Pfund Sterling verursacht worden ist. Unter den rauchenden Trümmern wurde der verheiratete Besizer eines hiesigen Angehörigen gefunden.

Mein Freund Jonni.

Mein jugendlicher Freund führt den verständnisvollen Namen Jonni Stehtragen. Er steht im gewöhnlichen Alter der Mitte und erweist das carbare Kaufmannshandwerk. Doch oben thronet er auf dem hochgeheilten Schreibstisch und schwingt den bedächtigen Federhalter vom schwarzen Tintenflask in das Porzellanfaß. Doch von seiner beherrschenden Tätigkeit als jüngerer Mitarbeiter der Fa. Blumenkohl u. Co. Besprechungen und Anfertigungen enges, soll hier eigentlich nicht erzählt werden.

In einer vollkommenen Verdrängung ist unter Jonni noch nicht herangerückt und hat somit noch alle Quartiere eines hoffnungslosen Jünglings der Sturm- und Drangperiode.

Am Gegenstand zu manchem seiner gleichaltrigen Zeitgenossen fühlt er nicht den Drang in sich, mit schwärmerischem Augenblicksangehörige des anderen Geschlechts anzuhimmeln oder gar tiefinnigen Betrachtungen über Kulturfragen und Weltanschauungsprobleme anzustellen. Jonni ist Sportmann. Er kühlt nach Kontorbüroarbeit und Fortbildungsschulunterricht das Bedürfnis, sich mal nach Verzensluft draußen auszuatmen. Seine älteren Schulkollegen haben ihn für einen Sportverein gestellt, um eine richtiggehende „Hobbyballmannschaft“ aus ihm zu machen. Zum größten Kummer unserer ästhetisch angehauchten, enghirnigen Kollegenschaft bringt er diesem „rohen“ Sport ein weitgehendes Interesse entgegen.

Wenn der allseitig verehrte, umfangreiche Inhaber der Weltfirma-Platzwörter-Platzwörterbesitzer in Wittenburg, mit Feiz und Kolider zur Winternzeit das Bureau verläßt oder die magere Kaffeepose eine ungewollt beachtliche Verlängerung erlährt, der Buchhalter mit Doppelbart und abgewinkeltem Bratenrock seine Pfeife raucht, die bildschöne Stenotypistin mit Korsettperlen und Rosabeinchen unerlaubte Privatgespräche führt, dann bricht bei unserem Freund mit elementarer Gewalt die Freundlichkeit seines Rebenberufes durch. In primitiver Weise trainiert er im Kontorraum. Nichts ist ihm dann mehr heilig. Durch Zusammenballen von Papierresten schafft er sich das Objekt seiner Leidenschaft, den Fußball. Gravitativ, aber doch mit einer vornehmen Züchtigkeit, stellt er sich bei Beginn seines Trainings neben den Ball. Er nennt es „Antich“. Wenn er sich drehend und windend wie eine gestülpte Chansonette, mit wallender Brasse bewegt und seinen Fußball an Papierfäden, Kupferpreisen und Akteuren vorbeibugelt, weißt das Bureaupersonal doch recht oft an den Weisheitswahn des jüngerer Mitarbeiters. Fremdartig anmutende Wortbildungen, die selbst unsere lateinischen Schreibweisen nicht deuten können, klingen dann an unser Ohr.

tionstanz der Kerze vermindert worden sein. Jedenfalls traten sie dieses Gebiet der Heilkunde im vorigen Jahrhundert widerstandslos an die europäischen Kerze ab und begnügten sich ihren Landsleuten gegenüber mit dem Ruf, die „einzigsten“ zu sein, welchen die Heilung innerer Leiden gelingen konnte.

Enlarotes Medium. Das politische Medium Jan Guizil ist in den letzten Wochen von einer wissenschaftlichen Kommission der Pariser Sorbonne in einer großen Anzahl von Sitzungen geprüft worden. Das Gutachten über Guizil ist vernehmlich. Nach langen Versuchen erklärten die Gelehrten in ihrem Protokoll, daß die Phänomene, über die sie zu urteilen hatten, durch keine geheimnisvolle Macht hervorgerufen worden sind. „Das Medium selbst bringt diese Erscheinung hervor, indem es sich entweder seines Elementars zu Berührungen bedient oder zu diesem Zweck eines seiner eigene freizumachen versucht.“ Hauptsächlich wird nun mit diesem Gutachten der Sorbonne der ehemalige Verbergele aus Paris, Jan Guizil, der sich in richtiger Einschätzung der gegenwärtigen okkultistischen Konjunktur von geschickten Unternehmern als Medium aufmachen läßt, erledigt sein. Eigenlich ist er schon seit Frühjahr 1919, wo ein Beamter der deutschen Zivilverwaltung in Waidau bei einer angeblichen Geistesproduktion Guizils eine Taschenlampe aufblies, was man erkannte, daß nach den üblichen methodischen Methoden Guizil sich von seinem Platz entfernt und den Geistesprodukt eigenhändig und eigenständig fabriziert hatte.

Die Annahme der Automobilität, die vielfach aus Gründen der Marktlage angezogen wurden, ist ein wesentliches Kennzeichen der Inflationsperiode. Nach der deutschen Statistik über den Bestand an Kraftfahrzeugen am 1. Juli 1923 beträgt die Gesamtzahl der zur Personen- und Lastenbeförderung dienenden Kraftwagen 152468 gegenüber 126408 am 1. Juli 1922. Von diesen Kraftfahrzeugen entfallen auf Personenkraftwagen 100429, auf Lastkraftwagen 51799. Die Annahme der Personenkraftfahrzeuge beträgt circa 25 Prozent, und die Zunahme der Lastkraftwagen circa 20 Prozent. Die Annahme verteilt sich sowohl auf Personen- wie auch auf Lastkraftwagen ziemlich gleichmäßig auf die verschiedenen Zonen. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Kraftwagen von 1755 auf 1753 zurückgegangen ist. Ganz besonders erwähnenswert ist die Zunahme der Kraftwagen, deren Zahl auf 59409 gestiegen ist gegenüber 38043 im Vorjahre. Die Zunahme beträgt also hier mehr als 55 Prozent. Hierbei bleibt zu berücksichtigen, daß die sogenannten Kleinkraftwagen bis zu 2 PS in dieser Zahl nicht eingegriffen sind, da für diese Kleinkraftwagen eine Zulassung nicht erforderlich und daher auch eine statistische Erfassung nicht möglich ist.

Ein anonymes Brief.

In der holländischen Zeitung „Baderland“ finden wir folgenden Brief:

Den Haag, 14. November 1923.

Mein Herr Redakteur!

Ich habe mit Mitleiden gelesen von der entsetzlichen Not in Deutschland. Ich habe kein Geld, das ich entbehren kann, aber ich sende Ihnen meine herzlich verdienten, drei silbernen Medaillen. Verkaufen Sie die nur, jedes Stück wird wohl noch ein paar Broke aufbringen, und ich hätte damit mehr Ruben, als Sie auf meine beste Jacke zu hängen, die doch bloß im Schrank hängt. Besser etwas als nichts.

R. R. Eine alte Bekannte (ein alter Krieger).

Die Redaktion des „Baderland“ bemerkt dazu:

Dieses Briefchen gab der Unbekannte bei unserer Administration am Schalter ab mit den zwei silbernen Medaillen und ging weg. Auf der einen Münze, ungefähr von der Größe eines Reichstalers, steht an der einen Seite das niederländische Wapen zwischen Kriegsattributen und darüber „Für treuen Dienst“, an der anderen Seite ein großes W auf einer Trovete mit der Krone darüber. Auf der zweiten größeren Münze an der einen Seite in einem Porträt: „Heil den Streitern auf Samhof, Amherdam, 6. Juni 1895“, an der anderen Seite: „Mataram — Tjakra Negara“. Diese beiden, mit Lebensgefahr ehrlich verdienten Denkmünzen, die auch noch einen Silberwert haben, stellt der Veteran zur Verfügung für die Hungerleidenden in Deutschland. Diese Gabe ist sehr viel mehr wert als das Silber daran. Es tut uns leid, daß wir dem Anonymus nicht für sein Opfer schon danken können. Wir hängen die zwei Denkmünzen im Schauenster auf. Der Gedächtnisende soll sie haben.

Ein besserer Gebrauch ist wohl noch nie von den Erinnerungsmalen des Militarismus gemacht worden. Leider haben wir noch nie gehört, daß deutsche Offiziere, die ihre mühsel-

minlichen Vicomäre zu Duzenden in den Futteralen liegen haben, einen ähnlich vernünftigen Gebrauch davon gemacht hätten für die eigenen hungernden Volksgenossen. —

Die „Herrscherrinkte“ einer Fürstentochter. Von einem Ostmisch-Prozess in Wien wird gemeldet: In der fünf Tage währenden Gerichtsverhandlung gegen Wilica Bukobranowics, die bei dem Buchverleger Stülpmagel als Buchhalterin angestellt war und in die Spiele der Familie Weiss in der Abicht gemeingt hatte, die Frau ihres Chefs und deren Söhne zu töten, damit Stülpmagel sie heiraten könne, wurde das Urteil gefällt. Das Schwurgericht verurteilte die Angeklagte wegen schwerer körperlicher Beschädigung zu 3 1/2 Jahren schweren Kerkers mit hartem Lager vierteljährlich. Von der Anklage wegen verübten mörderischen Mordes wurde die Angeklagte freigesprochen. Bemerkenswert ist, daß Wilica Bukobranowics bereits früher schon einmal in der Familie des Bruders, des Wiener Kardinals Pfiffel, ein ähnliches Verbrechen beging, auch Mißweils in die Spielien der Familie mangelte und dann die Söhne der Familie der Tat beschuldigte. Es ist, nach den verschiedenen Berichten zu urteilen, sehr schwer, wenn nicht unmöglich, die Motive der Angeklagten ganz klarzustellen. Sie ist Abkömmling eines alten jüdischen Fürstengeschlechts, 29 Jahre alt, nicht schön, aber reizvoll und — ausgesprochen hysterisch. Man darf wohl annehmen, daß sie unter dem Zwang dunkler Triebe und einer durch verdrängte Herrschaftsinstinkte verwirrten Gemütsveranlagung gehandelt hat.

Bilder maßloser Verrohung entrollte eine Verhandlung vor dem Breslauer Samwurgericht. In feierlicher Weise hatte der 49 Jahre alte Kaiser Paul Schar seine Geliebte, die

48 Jahre alte Arbeiterin Elisabeth Schmidt, so lange mißhandelt, bis sie an den Folgen verstarb. 30 mal ist der Angeklagte vorbestraft, darunter wegen vieler Robeitsdelikte. Oft hörten die Hausgenossen furchtbare Schläge aus der Wohnung. Nach den Geräußen zu urteilen, wurde die Frau gegen die Tür oder auf den Fußboden geschlagen. Als dies die Hausbewohner nicht mehr mit anhören konnten, machten sie Anzeige. Doch die Frau wagte in ihrer Angst nicht, gegen Schar aufzusagen. Sie stand völlig unter seinem Einfluß; denn oft drohte er, sie zu erlöchen, wenn sie etwas sagen sollte. So lehrte die Frau völlig zurückgezogen. Am 11. April d. J. verstarb die Schmidt. Die vorgenommene Sezierung ergab ein furchtbares Resultat. Neben blutunterlaufenen Stellen am ganzen Körper zeigten sich Blutergüsse im Gehirn und ein Schädelbruch. Schar wurde nun unter der Anklage der vorfälligen Körperverletzung mit Todeserfolg verhaftet. Das Gericht erkannte auf 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Der kriegsblinde Bettler. Eine turbulente Scene spielte sich vor dem Bahnhof Friedenau-Wilmersdorf ab. Dort stand ein kriegsblinder Bettler mit seinem Führerhund, geschmückt mit dem kriegsblindenzweigen, mehreren Orden und dem Verwundetenabzeichen. Die Gassen flößen dem armen Blinden reichlich zu. Plötzlich trat ein junger Mann auf den Blinden zu und rief: „Du Stroch, du bist ja gar nicht blind!“ Diese Worte bewirkten Wunder. Denn siehe, der Blinde erhob in derselben Sekunde sein Augenlicht wieder und wurde sehend. Stolz erhobenen Hauptes ging der kriegsblinde dann in das neben dem Bahnhof gelegene Zigarrengeschäft, kaufte sich einige dicke Zigarren, äündete sich eine an, trat dann vor die Tür und packte herausfordernd der Menge ins Gesicht. Das war den Leuten doch zuviel. Im Nu fielen sie über ihn her, und jetzt bezog er die fürchterliche Keile, daß er blutüberströmt zusammenbrach. Die erregte Menge hieb aber immer weiter auf ihn ein, bis er von Schutzpolizisten befreit und nach der Wache gebracht wurde.

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.
Heute, Freitag, 28. Dezember, nachm. 2 1/2 Uhr: Kleine Preise!
Peterchens Mondfahrt.
Ein Märchen in sieben Bildern von Gerdt von Soffen. Musik von Clemens Schmalisch.
Abends 7 Uhr: Dauerkarten Serie 3 Gemahlliche Schauspielpreise. Zum letzten Male Infolge Erkrankung des Herrn Frede hat: „Geschlossen“

Frühlings Erwachen

Eine Kindertragödie in 3 Akten (15 Bildern) von Frank Wedekind
In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Berg. Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.
Sonnabend, 29. Dezember, nachm. 2 1/2 Uhr, Kleine Preise. „Peterchens Mondfahrt“.
Sonnabend, 29. Dezember, abends 7 Uhr, Vorstellung für die „Freie Volkshöhne“ (Geschlossene Vorstellung).
Sonntag, 30. Dezember, nachm. 2 1/2 Uhr, Kleine Preise. „Peterchens Mondfahrt“.
Sonntag, 30. Dezember, abends 7 Uhr, Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Götteropfer. Stier und letztes Sakrament. Hildegard Bieber-Saum an vom Stadttheater in Hamburg. „Nanon“ Oper.

Sterbekasse „Sehändigkeit“

Kassentag am 30. Dezember 1923, 1924 Sammtan Nr. 41, bei Prengel.
Umwandlung aller Reichsmarkversicherungen in Danz. Guldenversicherungen
Aufnahme neuer Mitglieder.
Auf Beschluß des Vorstandes nimmt die „Sehändigkeit“ auch Umwandlungen auf Guldenwährung vor: a. Versicherungen d. Sterbekassen: Phoenix, Einigkeit, Korallenherzchen, Ehemal. Sicherheitsverein, Schiffszimmergenossen.

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53 55 11243
Achtung! Heute! Der hervorragende Spezialplan!
„Mit Stanley im dunkelsten Afrika“
Der größte und beste aller bisher gezeigten Abenteuer-Filme. — 6 Episoden — 35 Akte!
1. Episode: „Urwaldschrecken“, 6 große Akte
„Mit Stanley im dunkelsten Afrika“ zeigt unglaubliche Sensationen und Raubtierstelen, wie sie in gleicher Aufmachung und Spannung noch nie gezeigt wurden.
Ferner: Luciano Albertini in „Der Sturz von der Teufelsbrücke“ (Todesfahrt im Autoabus)
Sensations-Film in 3 großen Akten
Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr

Nur diese Woche!
Um vor der Investuraufnahme zu räumen, geben wir auf
Märchen- u. Bilderbücher
einen Rabatt von 20%
Gewerkschafts- und Parteiliteratur
Romane und Erzählungen
Jugendschriften
empfehlen
Buchhandlung Volkswacht
Danzig
Am Spandhaus 6 - Paradiesstraße 32.

Verloren
eine Bekleidungsstücke, von Langfuhr nach Danzig, Kippenhals Babesweg 33, parierte Briefe

Sämtl. Drucksachen
in geschmackvoller Ausstattung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
Buchdruckerei J. Gehl & Co.,
Danzig, Am Spandhaus 6, Telefon 2228

Abreißkalender
Rückwand Leuchttafel
hergestellt von Danziger Künstler
Preis 1.50 Gulden.
Buchhandlung „Volkswacht“
Am Spandhaus 6 und Paradiesstraße 32.

Kleine Anzeigen
in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Zur gest. Beachtung!

Hiermit geben wir unserer geehrten Kundschaft die nach Einführung der Guldenwährung und Inkrafttreten der neuen Guldenbanderole gültigen Preise unserer altbekannten Spezialmarken bekannt.

Kleinverkaufspreis:

Lupa	3	Guldenplg.
Salem Gold, rot	4	„
M. d. R.	5	„
Fata Morgana	5	„
Salem Cabinet	7	„
Salem Auslese, extra lang	10	„

Beachten Sie bitte unsere in den Schaufenstern der einschlägigen Geschäfte ausgestellten Packungen!

Orientalische Tabak- und Cigarettenfabrik

„YENIDZE“

fr. Inhaber Hugo Zietz, G. m. b. H., Danzig

Neujahr steht vor der Tür!
Da ist es Zeit, **Glocke**
das neueste Heft der
zu bestellen. Wer sich als Verbandsmitglied der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei bezieht, wer beehren und unterstützen, wer selbst die Vorgänge in Deutschland beurteilen will, der muß die Glocke lesen. Preis wöchentlich 25 Pfennig. Bestellungen nehmen unsere Isagenossen entgegen. Wir bitten, den untenstehenden Bestellern auszufüllen. Unsere Parteigenossen in den holländischen Orten bestellen die Glocke direkt bei der Post.

Buchhandlung „Volkswacht“
Am Spandhaus 6

Bestellschein.
Unterzeichnet bestellt hiermit die „Glocke“, herausgegeben von Parvus, Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68 zur wöchentlichen Lieferung durch die Zeitungsträgerin auch die Post.
Den Betrag von wöchentlich 25 Pf. bitte ich bei mir zu kassieren.
Name: _____
Wohnort: _____
Postort: _____
Bestell-Nr. _____

Fabrik-Tuchlager
L. Nadel & S. Judelewicz
L. Danzig 15 DANZIG Telefon 6467
Telegramm-Adresse: „Janad“
Export = en gros
Große Auswahl in sämtlichen Kammgarnen, Streichgarnen, Velours und Futterstoffen.

